

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse Nr. 12

Inertionspreis pro dreigespaltene Pettizelle 30 Pfg., für Mitgliedskarten 20 Pfg.

## Der Boykott vor dem Richterstuhle der sozialen Moral.

Von Brutus.

I.

Jedes Ding, sagt man, hat zwei Seiten, ja, es gibt Dinge, die mehr als zwei Seiten haben und die deshalb von verschiedenen Seiten aus betrachtet werden können. Auch der Boykott zählt zu diesen Dingen, und gerade bei dieser wichtigen Frage ist es äußerst interessant, sie von den verschiedenen Gesichtspunkten aus zu beleuchten. Dies ist um so notwendiger, weil in bezug auf den Boykott die widersprechendsten Anschauungen vertreten sind. Die einen erblicken in ihm eine wichtige Waffe im Klassenkampfe, die anderen meinen, daß er ein Kampfmittel sei, das sich überlebt habe und keine Aussicht auf Erfolg biete; die einen halten ihn für ein großes Unrecht, einen verwerflichen Zwang und einen ungeseligen Druck auf die freie Entschiedenheit des einzelnen, die anderen erklären die Anwendung des Boykotts für das gute Recht des Proletariats und für ebenso berechtigt, wie den Streik; die einen zernern über den Terrorismus und die unmoralische Gesinnung, die in einem Boykott zu Tage tritt, die anderen sehen in dem Boykott ein Erziehungsmittel des Proletariats und eine Schule der Solidarität. Wollte man auf den Boykott das bekannte Schillerwort anwenden, so könnte man sagen: „Von der Parteien Haß und Günst getragen, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“

Auf dem letzten Gewerkschaftstage hat Genosse Ullmann bekanntlich den „Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel“ besprochen und alle diejenigen Gesichtspunkte erörtert, die einen praktischen Gewerkschaftler interessieren. Nun wird aber die Waffe des Boykotts nicht nur in gewerkschaftlichen Kämpfen angewandt, sondern auch in politischen; der Boykott wird nicht nur von den Arbeitern in Szene gesetzt, sondern auch die Bürgerlichen und Behörden handhaben ihn mit einer Ungeniertheit sondergleichen. Und überall arbeitet man in moralischer Entrüstung und empört sich über den Boykott, den — andere Leute inszenieren; überall sieht man den Splitter im Auge des Bruders, während man den Balken im eigenen Auge nicht gewahr wird. Gerade diejenigen Leute, die am rücksichtslosesten boykottieren und terrorisieren, entsetzen sich am meisten über den proletarischen Boykott und seine Begleitumstände, und die bürgerlichen Zeitungen schäumen förmlich vor Wut, wenn sie wieder einen „Klassenfall von Terrorismus“ ihren Lesern vorführen können. Es klingt vielleicht etwas schroff, aber es ist eine Tatsache, daß sich in dem Boykott die bürgerliche und proletarische Sozialmoral nach allen Richtungen hin widerspiegelt.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus ist der Boykott eine sehr einfache Sache, er ist weiter nichts, als die Erklärung einer Gruppe von Menschen, daß sie eine bestimmte Ware nicht mehr kaufen oder daß sie ihren Bedarf an Waren von einer bestimmten Person nicht mehr entnehmen will; oder wenn es sich um Dienstleistungen handelt, daß man auf die Dienste einer bestimmten Person verzichtet. Ob Gründe angegeben werden für dies Vorgehen oder ob man nach einer stillschweigenden Uebereinkunft handelt, ist gleichgültig — die Hauptsache ist, daß der von einem Boykott Betroffene durch Entziehung der Kundschaft wirtschaftlich geschädigt wird oder werden soll. Diese wirtschaftliche Schädigung bildet das Wesen des Boykotts; der Betroffene soll es an seinem Geldbeutel verspüren, daß er sich das Mißfallen seiner bisherigen Kunden zugezogen hat. Deshalb wäre es ein Unding, den Boykott für berechtigt zu erklären, die

daraus entstehende Schädigung aber zu beurteilen. Bekanntlich hat das Reichsgericht den Standpunkt eingenommen, daß ein Boykotteur für den durch den Boykott entstandenen Schaden nur bedingungsweise haftbar gemacht werden kann. Undernfalls gleiche ja der Boykott dem berühmten Sichtenbergischen Messer ohne Klinge, dem das Heft fehlt.

Die Berechtigung des Boykotts in volkswirtschaftlicher Beziehung beruht auf der Freiheit des Kaufs, einem Grundrechte der modernen Gesellschaft. Heutzutage kann jeder Mensch — rein theoretisch betrachtet — kaufen was er will, wann er will und von wem er will. Es herrscht die freie Bedarfsbestimmung und niemand kann gezwungen werden, etwas zu kaufen, was er nicht haben will und die Ware von einem Händler zu entnehmen, der ihm nicht paßt. Wollen die organisierten Arbeiter eines Ortes das Brot eines bestimmten Bäckermeisters oder das Bier einer bestimmten Brauerei nicht kaufen und konsumieren, wollen sie in einer bestimmten Wirtschaft nicht verkehren oder wollen sie sich bei einem bestimmten Barbier nicht rasieren lassen, so ist das ihr gutes Recht und keine Macht der Welt kann sie dazu zwingen. Die Zeiten des Schwedentranks sind Gott sei Dank vorüber, als man einem Menschen mit Gewalt den Mund öffnete und ihm den Kranz hinuntergoß; heute konsumiert jeder was ihm paßt, und kein Kaiser und König, kein Staatsanwalt und Gendarm hat sich darum zu kümmern. Und im Grunde genommen „boykottieren“ wir tagtäglich irgendeinen Händler, Wirt, Geschäftsmann, indem wir ihm unsere Kundschaft entziehen und sie zu einem Konkurrenten tragen. Kein Quhn und kein Hahn trägt danach.

Als Massenboykott treffen wir die wirtschaftliche Schädigung des Gegners in allen Gesellschaftskreisen: Die Grundbesitzer boykottieren einen Geschäftsmann, der liberal gewählt hat, das liberale Bürgertum boykottiert einen Geschäftsmann, der sozialdemokratisch gewählt hat, die Postbehörde boykottiert einen Arzt, der erklärt hat, daß er bei einer eventuellen Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen werde, ein Kriegerverein boykottiert einen Wirt, der sein Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen hergibt, die Sozialdemokraten boykottieren einen Wirt, der ihnen sein Lokal nicht zur Verfügung stellt — jeder aber entrüstet sich über den Boykott des anderen. Da wirft sich denn die Frage auf, wie der Boykott vom Gesichtspunkte der Sozialmoral eventuell zu bewerten ist. Diese Frage ist um so bedeutungsvoller, als das kämpfende Proletariat unter allen Umständen nur solche Waffen anwenden darf, die vor dem Richterstuhle der sozialen Moral bestehen können. Deshalb untersuchen wir den proletarischen Boykott auf seine sozialmoralische Berechtigung hin, und deshalb verwerfen wir die vielgehörte Redensart, daß wir den Boykott anwendeten gewissermaßen als Repressalien, weil unsere Gegner ihn auch bei jeder Gelegenheit anwenden. Wir huldigen nicht dem Moralgrundsatz, daß ein Dieb sich damit entschuldigen könne, daß andere Leute auch gestohlen hätten. Das Proletariat, das einen Kulturkampf im edelsten Sinne des Wortes kämpft, muß notwendigerweise seinem Handeln eine höhere Sozialmoral zu grunde legen, als die Klasse, die es beseitigen will.

Eingestandenenermaßen ist der Boykott, da er tief ins wirtschaftliche und soziale Leben einschneidet, keine moralisch gleichgültige Sache, sondern er unterliegt der moralischen Beurteilung. Nun wird aber jede menschliche Handlung danach beurteilt, aus welcher Ursache sie hervorgewachsen ist, welcher Zweck damit verfolgt wird, gegen wen sie sich richtet und mit welchen Mitteln sie durchgeführt wird; auch ist dabei zu berücksichtigen, ob sie lediglich im

privaten Interesse geschieht oder ob auch das Allgemeininteresse dabei auf seine Rechnung kommt. Wenden wir dies auf den Boykott an.

Bekanntlich zieht sich das Entwicklungsgesetz wie ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte hindurch, das große Gesetz, das da besagt, daß ein Volk von unten nach oben emporwächst, daß es aus niedrigen Anfängen zu einer immer höheren Stufe wirtschaftlicher, sozialer, geistiger und moralischer Vervollkommnung emporsteigt. Alle Handlungen, die diesem Gesetze entsprechen, nennen wir sozialmoralisch; alle, die ihm widerstreiten, müssen als unmoralisch bezeichnet werden. Danach muß der proletarische Boykott ganz entschieden sozialmoralisch genannt werden. Er geht nämlich hervor aus der Not des unterdrückten Volkes und ist ein Akt berechtigter Notwehr; er richtet sich ausnahmslos gegen Personen oder Gruppen, die antisozial handeln, insofern sie dem Emporsteigen der unteren Volksschichten Hindernisse in den Weg legen. Dieser Gesichtspunkt muß vor allen Dingen festgehalten werden. Die Arbeiter boykottieren einen Wirt, weil er ihnen sein Lokal zu Versammlungen verweigert und ihnen dadurch die Ausübung des Versammlungsrechts erschwert oder ganz unmöglich macht; sie boykottieren einen Bäckermeister, weil er seinen Gefellen das Koalitionsrecht vorenthält oder weil er sie in der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hindern will. Die Gesinnung der Betroffenen ist ihnen gleichgültig, welche politische oder sonstige Ueberzeugung der Wirt oder der Bäckermeister hat, kümmert die Arbeiter nicht, aber weil das Abhalten von Versammlungen, das Recht auf Koalition und das Entämpfen von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen eine Lebensfrage für das Proletariat ist, deshalb boykottiert es jene Leute, die ihre arbeiterfeindliche Gesinnung durch arbeiterfeindliche Taten beweisen. Die Arbeiter wären ja Prügel wert, wenn sie einen Geschäftsmann durch ihre Grobheiten unterfüßen wollten, der sie in der Unterdrückung und Entrechtung festhalten und ihren Aufstieg hindern will. Hier fordert nicht nur die soziale Moral, sondern auch schon der einfache Anstand, daß die Arbeiter einem solchen Manne erklären: „Willst Du uns unser Recht vorenthalten, willst Du unserem Emanzipationskampfe Steine in den Weg legen, so müßten wir ja große Esel sein, wenn wir Dir unser hauer verdientes Geld ins Haus trügen!“ In einem solchen Falle wird der proletarische Boykott zu einer moralischen Verpflichtung, und die Arbeiter wären verächtliche Menschen, wenn sie nicht ihre ganze Kraft daran setzten, ihren Gegnern, die ja am Geldbeutel sehr empfindlich sind, Anstand, Gerechtigkeitsempfinden und soziales Empfinden einzupauken.

## Zur Errichtung eines Industrieverbandes.

Die Beschlüsse des Verbandstages der Brauereiarbeiter, betreffend die Errichtung eines Industrieverbandes, sind in der Presse zuerst so unvollständig wiedergegeben worden, daß sich überhaupt kein klares Bild über dieselben ergab. Jetzt endlich weiß man, woran man in dieser Beziehung ist. Unsere diesbezügliche kurze Wiedergabe der Materie in letzter Nummer war, wie sich jetzt herausstellt, auch nicht vollständig zutreffend, da man daraus entnehmen mußte, daß nur der Brauerverband zunächst noch eine Urabstimmung vornehmen lassen wolle. Der angenommene und nunmehr veröffentlichte Antrag Karlstraße lautet aber wörtlich:

„Der Hauptverband wird beauftragt, die Gründung eines Industrieverbandes in die Wege zu leiten. Er hat aber dafür zu sorgen, daß bei allen beteiligten Verbänden zuerst eine Urabstimmung stattzufinden hat, und nur diejenigen Verbände zugelassen werden, bei welchen sich zwei Drittel der Mitglieder dafür erklären.“

Aus der Annahme dieses Antrages ergibt sich, daß die Initiative — das Einverständnis der anderen Organi-

fationen natürlich vorausgesetzt — nunmehr in den Händen der Brauer selber liegt.

Im Interesse der Sache hoffen wir, daß diese Initiative bald und kräftig einsetzt. Andernfalls wäre es besser, wenn für die nächste Zukunft die Frage überhaupt von der Tagesordnung verschwindet.

Die von den Brauereiarbeitern gefassten Abänderungen zu dem Gegenseitigkeitsvertrag liegen im Wortlaut den anderen Organisationen auch noch nicht vor, so daß wir die Veröffentlichung desselben wiederum erst für später in Aussicht stellen können.

## „Wir wollen uns den Mann vom Leibe halten!“

Die Innungsquartalsversammlungen allerorten beschäftigen sich jetzt eifrig mit dem in nächster Nähe stehenden „großen Tag“ in Hannover. Die Scharfmacher drehen den Schleifstein, auch die sonst Gleichgültigen und Launen treten an, und — wenn sie nichts weiter fertig bringen, so sperren sie wenigstens den Schnabel auf und bewundern den Geist und die Voraussetzungen ihrer Führer. Mit größtem Eifer und Fleiß als sonst, sind überall die Schmerzen der Bäckermeisterherzen zu Tage gelegt worden, und es ist uns ganz unmöglich, alle Punkte zu registrieren, die in dieser Beziehung von den einzelnen Innungsverbänden bewältigt worden sind. Aber einer wird auf allen Quartalen und Vorstandssitzungen erörtert, einen riecht man schon immer von weitem! Es ist die „gelbe Gefahr“, es ist Hartmann mit seiner famosen Gründung zur Errettung des Handwerks, welche den Herren Meistern immer unheimlicher erscheint. Sie fühlen immer mehr, daß sie sich mit diesen Kräften nur lächerlich machen, und merken immer deutlicher, daß sie mit den Selben — sagen wir nicht geleimt — sondern angezeichnet worden sind. Sintermaßen trotz der Geldopfer, die man Hartmann und der guten Sache bringt, der Verband immer ruhiger seine Bahn schreitet und er auch den Gelben allmählich den Appetit auf vernünftigeren Arbeitsverhältnisse beibringt.

Zum Quartal der Wäckerinnung München kam dies wieder zum drastischen Ausdruck. In Verbindung mit dem Punkte „sechsendreißigstündiger Ruhetag und erweiterte Sonntagsruhe“ ergab sich die Behandlung dieses Stoffes natürlich von ganz allein. Wir bringen die charakteristische Stelle des Berichts aus dem Münchener Innungsorgan „Die Wäcker“ und können es uns vollständig versagen, auch nur noch ein Wort unsererseits zuzufügen:

**Zu 14 b äußert sich der zweite Vorsitzende Herr Söllner:** Hier wird es sich darum handeln, ob das Hartmannsche Blatt den Innungen zum Abonnement zu empfehlen ist. Ich finde darin allerdings nichts anderes, als ein häßliches Gezänke mit anderen Gewerkschaften, das wenig Zweck oder Erfolg haben dürfte. Beim besten Willen habe ich aus der Sache bis jetzt nichts anderes herausfinden können. Auch haben die Selben bis jetzt gezeigt, daß sie auch nicht anders sind, denn sie waren es ja, die den Antrag auf die 22 stündige Ruhezeit eingebracht haben.

**Vorsitzender Herr Schöfer:** Hartmann hat seine Zeitung zum Verdienen, und wir wollen uns den Mann jedenfalls vom Leibe halten. Wir haben uns schon früher gewundert, wie man dazu kommen konnte, Hartmann Geld zu überweisen. Wir haben selbst Fachzeitungen und auch Bäckermeister, die sich dieselbe leisten können, und wir haben sie auch schon früher gehabt, ehe Hartmann eine Rolle spielte. Uns hat es gewundert, daß gerade Hartmann in Berlin nicht selten vorne dran war. Das sind Sachen, die die Meister selbst erledigen sollen und auch erledigen können, ohne Hartmann.

## Scharfmacher der freien Vereinigung der Bäckermeister von Berlin verteidigen Louis Schilling.

Louis Schilling, der langjährige erste Bevollmächtigte der Hilfskasse in Berlin, hat sich vor einigen Wochen als Beamter der „Konfordia“-Innungskasse anstellen lassen. An sich wäre darüber kaum etwas zu sagen, weil schließlich jeder es mit sich und seiner Ueberzeugung auszumachen hat, wenn er seine Dienste verkaufen will. Und ob Louis Schilling oder ein anderer in Berlin die Geschäfte der Hilfskasse führt ist völlig nebensächlich.

Die deutsche Bäckerei, das Organ der freien Vereinigung der Bäckermeister von Berlin und Umgegend, beschäftigt sich aber mit dieser Sache, und richtet in einem Artikel die unsmüßigen und dümmsten Angriffe gegen die Verbandsleitung, (besonders gegen Hegschold und Schneider, die man vielleicht gern beseitigt sehen möchte). Damit es besser zieht, stellt der Artikelschreiber der „Deutschen Bäckerei“ Behauptungen auf, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Es sind **Verleumdungen** darunter, die so aussehen, als stammten sie von einem Reichsklugenverbändler, mindestens aber von einem geistigen Injurator der Selben.

Hegschold und Schneider sollen Schilling bitter Unrecht getan haben. Sie hätten das Gerücht kolportiert, Schilling bewerbe sich um einen Posten bei der Innungskasse und sie sollen ihm ferner einen Revers vorgelegt haben, durch welchen er sich verpflichten sollte, in den nächsten zwei Jahren zu keiner anderen Kasse zu gehen. Und selbstverständlich knüpfte der Artikelschreiber an diese Ausführungen die gefährlichsten, bis jetzt Bemerkungen.

Wir würden diesem Geschreibsel, das ohne Frage von einem Bäckermeister herkommt, der während seiner Gesellenzeit geradezu verzweifelt bemüht war, die Gesellenorganisation ohnmächtig zu erhalten und sie dem Gespött der Gegner auszuliefern, und der auch als Meister sich schon ebenso redlich als erfolglos abmühte, dieselbe lahmzulegen, keinerlei Bedeutung beimessen, wenn nicht unsere Innungspressen den Artikel übernommen hätte und mit Eifer dafür sorgen wird, daß er noch weiter verbreitet wird.

Demgegenüber stellen wir folgendes fest:

1. Daß Schilling mit der „Konfordia“-Innungskasse in Verhandlungen wegen einer etwaigen Anstellung stand, piffen in Bäckermeister- und gelben Kreisen die Sperlinge von den Dächern. Immer glaubte aber die Verwaltung, daß dies nur leeres Gerede sei, bis dann bei Inkrafttreten der Innungskassen Schilling eine mehr als sonderbare Stellung einnahm. Nicht allein, daß er, trotzdem er das Datum des Inkrafttretens der „Konfordia“-Innungskasse eine volle Woche früher wußte als die Verbandsleitung, nichts getan hat, um die Situation für die Hilfskasse auszumagen, selbst nicht

einmal den Kassenvorstand in Kenntnis setzte; er ging sogar soweit, Mitgliedern den Eintritt in die Hilfskasse ohne ersichtliche Gründe zu erschweren, in mehreren Fällen sogar ganz zu verweigern! Schon früher — bei dem Verkehr mit den in Betracht kommenden Behörden — hatte Schilling eine befremdliche Haltung eingenommen; es würde zu weit führen, dies alles eingehend zu erläutern, doch stehen wir mit Beweisen zur Verfügung, wenn Schilling und sein Schutzpatron uns dazu drängen sollten.

2. Es ist un wahr, daß Schilling einen Revers unterschreiben sollte, nach welchem er in den nächsten zwei Jahren keine Stellung in einer anderen Kasse annehmen sollte. Ausdrücklich und wiederholt ist ihm vielmehr gesagt worden: Wenn Du irgend einen anderen Posten annehmen willst, ganz gleich, welcher es auch immer sei, ob bei einer Krankenkasse oder bei einem anderen Institut, so werden wir Dir nicht nur keine Schwierigkeiten machen, sondern, soweit es möglich ist, Deine Vererbung unterstützen. Nur in der „Konfordia“-Innungskasse, der Du bis vor kurzem feindselig gegenübergestanden hast und die jetzt beitreten will, und muß, unsere Hilfskasse zu schädigen, sie zu vernichten strebt — also bei unserer Todfeind —, sollst Du in den nächsten zwei Jahren keine Stellung annehmen. Schilling weigerte sich, diese Erklärung, die er nur mündlich hätte abgeben brauchen, um den gegen ihn aufgelauchten Verdacht zu entkräften, zu geben. Ausdrücklich erklärte er: Wenn mir ein solcher Posten bei der „Konfordia“-Innungskasse angeboten wird, weigere ich mich nicht, ob ich ihn nicht doch annehme. Umsonst war die Versicherung der Kollegen Barth, Schneider und der ganzen Kassenverwaltung sowie des Kassenvorsitzenden Pleischmann, daß kein Mensch daran denke, ihn etwa von seinem Posten zu verdrängen, und daß die ehemaligen Verwaltungsmitglieder Heßfeld und Fischer (welche ihn seinerzeit, vor etwa fünf bis sechs Jahren, deshalb von seinem Posten verdrängen wollten, weil er dem Verband beigetreten war) jetzt doch völlig ohne Einfluß sind. Schilling wollte aber freie Hand haben, einen Posten bei der „Konfordia“-Innungskasse annehmen zu können, und nur stand es für die Verwaltung fest, daß die Verhandlungen der „Konfordia“-Innung mit Schilling im besten Gange, wenn nicht schon abgeschlossen waren. Am Tage der Neuwahl mindestens aber hatte Schilling seinen Vertrag mit der „Konfordia“-Innungskasse bereits in der Tasche, und am 1. Juli gab er seinen Posten in der Hilfskasse auf, um sofort in die „Konfordia“-Innungskasse — wie man uns meldet, als zweiter Nebant — einzutreten!

Angeichts dieses Umstandes erübrigt es sich wohl, Betrachtungen darüber anzustellen, ob Schilling die Hilfskasse durch Unterlassung verschiedener notwendigen Maßnahmen geschädigt hat oder nicht. Wir können uns auch ruhig dem Urteil unserer Kollegen unterwerfen, was diese von einem Manne halten, der achtzehn Jahre lang der größte Feind aller Innungskassen sowie der Innungen selbst war, und nur, wo diese Kassen eingerichtet sind, als einer der ersten zu ihnen überläuft und seine Dienste an dieselben verkauft, trotzdem ihm ausdrücklich sein jetziger, den Umständen nach sehr gut bezahlte Posten garantiert werden sollte.

Wir wollen auch mit der Innungszeitung, die den Artikel der „Deutschen Bäckerei“ in ihrer Nummer vom 22. Juli mit schmaßendem Beigaben abdruckte, trotzdem Schilling ihre Behauptungen durch seine Anstellung bei der „Konfordia“-Innungskasse mittlerweile schon Lügen gestraft hat, nicht weiter rechten. Von dieser Art Organen sind wir längst gewöhnt, daß sie über Moral, Sitte und Anstand gerade die gegenteiligen Anschauungen haben wie wir. Und eine solche Innung, bei welcher Leute, denen die schlimmsten Schiedungen gerichtlich nachgewiesen sind — denen obendrein trotz geleisteten Eides das Gericht attestieren mußte, daß ihr Zeugnis nicht einwandfrei genannt werden kann — Ehrenämter bekleiden können, wird natürlich nie etwas dagegen haben, wenn irgend eine scholle Handlungsweise gegen Arbeiterinstitutionen verteidigt wird. Daß aber Schillings Handlungsweise selbst von den Machern der freien Vereinigung gut geheißsen und es als ein Verbrechen hingestellt wird, daß die Verwaltung der Hilfskasse auf dem Posten war, beweist uns, daß diese Macher gleichfalls sich Moralanschauungen eines Wäsch und Vogel bereits angeeignet haben. Als die Herren Fischer und Heßfeld den Schilling stürzen wollten, weil er Mitglied des Bäckerverbandes wurde, da war das ganz in der Ordnung, nun aber, wo Schilling zu den Totfeinden der Hilfskasse gehen will, darf niemand etwas dagegen haben!

Bis jetzt ist die große Mehrzahl der Gesellen — allerdings außer Wischnowski und seinem Anhang — der Meinung, daß es offener Verrat ist, wenn ein Mann, der seit achtzehn Jahren an der „Futterrippe der Arbeiterbewegung“ gefesselt hat, dem diese Futterrippe sogar wieder vorgelegt wurde, als er bei einem Versuch, selbständig zu werden, elend Fiasko machte, und eine Aussicht auf Beschäftigung für ihn fast völlig ausgeschlossen erschien, zu den Totfeinden der Arbeiterbewegung übergeht. Ob diese Anschauung sich mit den Ansichten der Herren Fischer und Genossen deckt oder nicht, danach werden die Berliner Bäckergefallen erst in letzter Linie fragen.

## Lohnbewegungen und Streiks.

**Tarifvertrag mit der Holbutto-Brotfabrik in Bochum.** Zwischen der Firma Ufermann & Co. Nachf., vertreten durch Wilhelm Neuffer einerseits, und unserm Verbande ist ein Tarifvertrag und eine Arbeitsordnung für den Betrieb vereinbart worden. Der Tarifvertrag lautet:

**Löhne.** Sämtliche Löhne gelten als Wochen- und Minimallohne. Wochenfeiertage werden mitbezahlt. Kost und Logis haben sämtliche Arbeiter außer dem Haupte des Arbeitgebers. Das Lohnminimum beträgt: a) für Backstubenarbeiter M 27, b) für Teigmacher M 29, c) für verantwortliche Ofenarbeiter M 31. Aushilfsarbeiten sind, falls dieselben drei Tage und darunter betragen, pro Schicht mit M 5 zu bezahlen. Vorarbeiten an Sonntagen (Sauerteigmachen) wird mit M 1 vergütet. Bisher bestehende höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden.

**Arbeitszeit.** 1. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, einschließlich der nötigen Essenspausen, welche im allgemeinen in die Zeit von 10½ bis 11 Uhr und von 4 bis 4½ Uhr nachts fallen. Beschäftigungen, welche durch Arbeitsgang bedingt werden, sind zulässig. Die Arbeitswoche darf nicht mehr als sechs Schichten enthalten. Der

Betrieb beginnt um 7 Uhr nachmittags, 8 Uhr abends und 2 Uhr nachts.

2. Falls später Tag- und Nachtschichten eingeführt werden, wechseln die Schichten für jeden Arbeiter wöchentlich.

Ueberstunden. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden, falls solche jedoch nötig sind, sind dieselben mit 60 % pro Mann und Stunde zu bezahlen.

**Ferien.** Jedem Arbeiter werden nach einjähriger Tätigkeit im Betriebe drei Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes gewährt.

**Arbeitsnachweis.** Bei Bedarf von Arbeitskräften werden dieselben vom Arbeitsnachweis des Bäckerverbandes bezogen und ist dieser von Anfangen frühzeitig in Kenntnis zu setzen. Falls geeignete Kräfte nicht vorhanden, ist die Firma berechtigt, anderweitig Wäcker einzustellen; und soll es den letzteren freistehen, dem Verbands beizutreten. Verheiratete Wäcker werden bevorzugt. Der Bäckerverband ist verpflichtet, nur gesunde, tüchtige Wäcker zu stellen, welche guten Leumund haben. Wäcker, welche im Betriebe schon einmal gearbeitet haben, werden nicht wieder angestellt, ausgenommen sind unbeschuldete Fälle. Bei Einstellung hat jeder Wäcker eine Probezeit von einer Woche zu machen und erfolgt nach erfolgreichem Bestehen feste Einstellung.

**Sanitäre Einrichtungen.** Den Betriebsarbeitern stehen Badeeinrichtung, sowie Ankleide- und Essraum zur Verfügung, die den gesundheitlichen Anforderungen entsprechend eingerichtet sind.

**Betreffend § 616 des B. G. B.** Der Lohn wird den Arbeitern weitergezahlt, wenn sie durch einen in ihrer Person liegenden Grund für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit an der Arbeit verhindert werden. Als nicht erhebliche Zeit werden nach der Beschäftigungsdauer von einem Monat bis zu einem Jahre drei Tage angesehen, bei längerer Beschäftigung eine Woche. Auf den Lohn für diese Tage kann jedoch Krankengeld oder ähnliche aus gesetzlicher Versicherung dem Arbeiter zustehende Unterstützung in Anrechnung gebracht werden.

**Schlichtung von Differenzen.** Aus dem vorstehenden Vertrage entstehende Streitigkeiten werden, falls dieselben durch Verhandlungen des Meisters mit den Arbeitern des Betriebes nicht beigelegt werden, einem Einigungsamt bezw. Tarifamt unterbreitet. Dieses Tarifamt besteht aus einem von den Betriebsarbeitern zu wählenden Vertreter, einem Vertreter des Bäcker- und Konditorenverbandes und zwei von der Firma Ufermann & Co. Nachf. zu bestimmenden Vertretern unter dem Vorsitz des jeweiligen Vorsitzenden des königlichen Gewerbegerichts zu Dortmund. Der Schiedsspruch dieses Amtes ist endgültig und für beide Teile bindend.

**Tarifdauer.** Vorstehender Tarif gilt für die Dauer von zwei Jahren, beginnend am 1. August 1908, endigend am 1. August 1910. Die Kündigung muß von einer der beiden Parteien einen Monat vor dem 1. August 1910 erfolgen. Falls keine Kündigung erfolgt, gilt der Tarif auf ein weiteres Jahr.

Sozialpolitische Ummächtigungen berechtigen, den Vertrag mit monatlicher Frist zu kündigen.

Der Tarif und die Betriebsordnung sind an sichtbarer Stelle im Betrieb auszuhängen.

Dortmund, den 21. Juli 1908.

(Unterschriften.)

## Tarifabschluss in der Brotfabrik Hausmühle in Gera (M. J. L.).

Am 10. Mai wurde dem dort angestellten Geschäftsführer zum 1. Juli gekündigt. Da der laufende Tarif lediglich mit dem Geschäftsführer abgeschlossen war, so war damit auch die Kündigung des Tarifs eingetreten. Der Vorstand der Zahlstelle wandte sich deshalb an den Verband deutscher Preßhefabrikanten und ersuchte gleichzeitig um Zurücknahme der Kündigung des Geschäftsführers. Am 16. Mai ging darauf von Herrn Gustav Juntuhn, Berlin, dem Inhaber der Fabrik, dem unsere Forderung durch den Verband der Preßhefabrikanten zugestellt war, ein Schreiben ein, in welchem dieser Herr eine Wiedereinstellung des Geschäftsführers zwar ablehnte, aber sich ohne weiteres bereit erklärte, den Tarifvertrag, dessen Vorzüge auch er anerkenne, aufrecht zu erhalten.

Es fanden dann wiederholt Verhandlungen statt, und kam schließlich folgender Tarif zu stande, der in einem Anhang auch die Verhältnisse der Verkäuferinnen regelt:

### Arbeits- und Lohnarif

zwischen Herrn Juntuhn, Inhaber der Brotfabrik Gera (M. J. L.), und dem Verband der Wäcker und Konditoren Deutschlands (Bezirk 17), Mitgliedschaft Gera.

1. **Arbeitszeit.** Die Arbeitszeit beträgt täglich 8 Stunden, inklusive Essenspause von 20 Minuten; wöchentlich sind sechs Arbeitsschichten zu leisten.

2. **Lohn.** Der Minimallohn beträgt: für Wäcker M 24, für Oberbäcker M 30, für Hilfsarbeiter M 21. Für Wochenfeiertage, an denen nicht gearbeitet wird, wird der Lohn weitergezahlt. Aushilfen erhalten pro Schicht M 5 bis zur Dauer von einer Woche; bei längerer Beschäftigung tritt sofort der Lohn für Wäcker in Kraft. Zu diesen Löhnen tritt nach einjähriger Dauer 5 pzt. Zuschlag. Freibrot wird zum sofortigen Genuß gewährt.

3. **Ueberstunden.** Dieselben sind möglichst zu vermeiden; werden solche angeordnet, so sind dieselben pro Mann und Stunde mit 60 % zu vergüten.

4. **Arbeit an Sonn- und Feiertagen.** Alle Arbeiten an Sonn- und Feiertagen außerhalb der sechs Schichten sind pro Person mit dem für Ueberstunden festgesetzten Satz zu zahlen; diese Bestimmung gilt jedoch nur für die unumgängliche Arbeit an Wochentagen. Im übrigen ruht der Betrieb, wie es die Bundesratsverordnung vorschreibt. Am Tage der Maifeier wird die Arbeit nach Möglichkeit eingeschränkt.

5. **Lohnzahlung.** Die Lohnzahlung erfolgt Freitag; ist der Freitag ein Feiertag, so erfolgt dieselbe am vorhergehenden Werktag.

6. **Ferien.** Nach zweijähriger Beschäftigung werden jedem im Betriebe Beschäftigten drei Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes gewährt, jedoch sind dieselben in die laue Geschäftszeit zu verlegen, und zwar in die Zeit vom 1. Juni bis 1. September.

7. **Technische und sanitäre Einrichtungen.** In den Arbeitsräumen ist für genügende

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

#### Quittung.

Vom 20. bis 26. Juli gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für Monat Juni: Mitgliedchaften Weiskensfeld M. 22,40, Cottbus 21,60, Wanz-Wilhelmshafen 58,50, Königsberg 48,80, Stendal 14, Segeberg 18,60, Gießen 35,40, Wiesbaden 15,20. Für Monat Juli und Juli: Neumünster M. 10. Für Monat Juli: Essen M. 151,80. Von Einzelzahlern der Hauptkasse: R. St.-Schweid M. 5, R. G.-Frauendorf 11,10, J. R.-Asperg 8,50, F. S.-Vab Herrenalb 4, W. W.-Löhnig 50, W. D.-Königssee 20, W. A.-Güstrow 11, L. G.-Feldberg 5, J. N.-Donndorf 5, M. W.-Treuen 10, C. G.-Beauregard 5, G. W.-Markfredwig 25. Für Annoncen: S. H.-Nürnberg M. 1,80.

Der Hauptkassierer. J. B.: M. Langhann.

### Aus den Bezirken.

#### Achtung!

#### Mitgliedsbuch und Unterstützungsschein gestohlen!

**Hannover.** Dem Mitgliede Adam Seibel, geb. 15. 7. 89 zu Friglar, eingetreten am 27. 9. 06 zu Kassel, ist nach seiner Angabe das Mitgliedsbuch nebst einliegendem Unterstützungsschein durch einen Arbeiter Emil Benneweis aus Eisenberg (Sachsen-Altenburg) gestohlen worden. Wenn letzterer irgendwo die Papiere vorlegt, ist er anzuhalten, ihm das Material wieder abzunehmen und der Hauptvorstand zu benachrichtigen.

**Konstanz.** Achtung, Verbandskollegen! In Konstanz wird bis auf weiteres keine Unterstützung ausbezahlt. Die Adresse des Vertrauensmannes ist: Martin Hengstler, Bollernstr. 22, 3. Et.

### Aus der Konditorei-,

### Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

#### Statistische Erhebungen in den Fabrikbetrieben!

#### IV.

Nachdem in den vorhergehenden Artikeln die Hauptumrisse unserer Arbeitsverhältnisse gegeben sind, haben wir uns noch mit einer Reihe von Fragen zu beschäftigen, welche dem ganzen Bilde einige bemerkenswerte Striche zufügen.

Bezüglich der Lohnfragen ist ergänzend anzuführen, daß detaillierte Angaben über **Affordlöhne** nicht verlangt waren, weil solche nur in beschränkter Zahl erwartet werden konnten. Es ist bei uns glücklicherweise noch nicht davon zu sprechen, daß die Affordarbeit überwiegt, obgleich selbst eine Reihe größerer Betriebe dieselbe in verschiedenen Abteilungen schon seit Jahren zur Durchführung brachte. Es bieten sich hier auf der einen Seite Schwierigkeiten, die in der Fabrikationsmethode liegen, auf der anderen Seite ließen sich die Arbeitskräfte bisher noch so willig und billig im Zeitlohn auspumpen, daß die Unternehmer auf das Antreibungsmitel des Stücklohnes verzichten konnten. Immerhin ist für 40 Betriebe ein solcher festgestellt. Wie selbstherrlich jedoch die Fabrikanten die Festsetzungen der Affordlöhne nach eigenem Gutdünken betreiben dürfen, zeigt genügend der Umstand, daß 10 Betriebe aufgeführt sind, welche es nicht für nötig gehalten haben, **Affordtabellen** auszuhängen. Mehrere Male ist gemeldet, daß — besonders Arbeiterinnen — erst am Schlusse der Woche erfahren, zu welchem Preise sie überhaupt arbeiteten. Und — was wohl unsere Gesamtkollegen selbst überraschen wird — es ergibt sich, daß unter den 40 Fabriken nicht weniger als 32 sind, die bezüglich einiger Arbeiten gleich zu dem raffiniertesten Affordsystem übergingen, nämlich zu dem berühmten **Kolonnenafford**, der bekanntlich den Unternehmer aller Sorge enthebt, in seinen Gewinberechnungen niemals durch eine etwas schwächere Arbeitskraft irritiert zu werden. Er braucht bei dieser Einrichtung nur mit dem Gesamtergebnis der Kolonne zu rechnen; für ihn ist der einzelne Arbeiter oder die Arbeiterin noch nicht einmal eine vollwertige Zahl, sondern nur ein Bruchteil einer solchen. — Eine Liste derjenigen Firmen, die dieses System zum Teil einführen, wird das Interesse unserer Kollegen finden. Es sind folgende:

Altona: Fehleßen & Nicks.

Berlin: Hildebrandt & Sohn.

do. „Eggenstein“.

Wiesfeld: Straimann & Meyer.

Brandenburg: Gebr. Liebe.

Breslau: Oswald Büchel.

Cassel: Hermann Hämer.

Celle: Harry Trüller.

Dresden: Gerling & Rodstroß.

do. Richard Selbmann.

do. Lohed & Comp.

do. Niebel & Engelmann.

Halle a. S.: Bernh. Rost.

Herford: August Lintmeier.

do. Gebr. Kolling.

do. Kiel & Schmal.

Köln a. Rh.: Gebr. Stollwerk A. G.

do. Wieße & Sons.

Königsberg: Ehler.

Raschwig: Hensel & Helmke.

Magdeburg: Hauswaldt.

do. Dr. H. König & Comp.

do. Hermann Klingenberg.

Mannheim: Rhein. Kakao- und Schokoladenfabrik.

Merfeld-Dhlis: Gebr. Hausfels.

Porzheim: Heinrich Denecke.

Röhnd: Bergersche Hof-Schokoladenfabrik.

Ratibor: Weckind Hofap & Comp.

Ruffenhäuser: Max Stark & Comp.

Wetterhagen: Robert Hohmann.

Wittenberg (Halle): Kakao- u. Schokoladenfabr. A. G.

Wolfsbühl: Gustav Wahn & Comp.

Der Zahl nach sind es vorwiegend Arbeiterinnen, welche im Affordverhältnis stehen, und liegen über Affordverdienste derselben auch etwas nähere Angaben vor. Es wurden angegeben pro Stunde 14 bis 15  $\frac{1}{2}$ , in einem anderen Falle 30 bis 35  $\frac{1}{2}$ ; als Tagesverdienste M. 1,80 bis 2,—, M. 2,20 bis 2,50; als Wochenverdienste M. 7 bis 14, M. 12 bis 14, M. 16 bis 18, M. 20, M. 20 bis 27. Von der bekannten Firma Moser & Roth, Stuttgart, wird gemeldet: Es kommt oft vor, daß Gehältern M. 9 bis 12, Mädchen M. 5 bis 6 pro Woche verdienen! Man sieht ohne weiteres, daß im Durchschnitt die Affordlöhne auf derselben traurigen „Höhe“ stehen wie die Zeitlöhne.

Ein weiteres in den letzten Jahren öfter zur Anwendung gekommenes Mittel, die Arbeiterschaft aus sich selbst heraus anzutreiben oder den einzelnen an den Betrieb zu fesseln, ist bekanntlich das **Prämienlohnsystem**, womit man bei uns aber meist nur bestimmte Personen oder kleinere Gruppen beglückt. Es ist gewissermaßen der ins Kapitalistische übergesetzte Köder des im Kleinbetriebe üblich gewesenen und üblichen Weihnachts- oder sonstigen Gelegenheitsgeschenkes, welches man auch nach Leistungen usw. abruft und für einen bestimmten Zeitpunkt in Aussicht stellt, um mindestens bis dahin der betreffenden Arbeitskraft sicher zu sein. Man zahlt diese Prämien in den Fabriken auch zu bestimmten Terminen oder nach einer Reihe von Arbeitsjahren im Betriebe aus. (NB. Das ist ja der traurige Witz der ganzen Einrichtung. — Wenn der Betreffende sich nichts „zu Schulden“ kommen ließ, was überflüssiger Weise in den Arbeitsordnungen auch noch einige Male besonders betont wird.)

In unserer Aufnahme sind es zehn Firmen, welche auf diese Manier ihre Leute vom Davonlaufen abzuhalten suchen. Auch die Namen dieser Betriebe werden interessieren. Es sind:

Berlin: Gebr. Stollwerk A. G.

do. J. Löwenstein.

Celle: Harry Trüller.

Dresden: Lohed & Comp.

do. Niebel & Engelmann.

Herford: Emanuel Weinberg.

Kalschauer: Thelen Krämer.

Leipzig: Bod & Comp.

Magdeburg: Reinhold Niebel.

Stuttgart: Moser & Roth.

Als Schulbeispiel, wie man durch diese „Prämien“ die Arbeiter in Abhängigkeit erhalten will und sie bedrückt, sei hier nur die Auskunft wiedergegeben, welche die Arbeiter der Firma Harry Trüller in Celle auf den Fragebogen setzen. Sie lautet:

Die Prämie wird an Vorarbeiter und Spezialarbeiter gezahlt und beträgt pro Stunde 3  $\frac{1}{2}$ . Wenn jemand vor dem 15. Dezember den Betrieb verläßt, büßt er seine Prämie ein. Dieselbe fällt dann dem Geschäft zu. Meist will man den Leuten Sparkassenbücher für diesen Betrag anlegen, doch behält die Betriebsleitung dieselben in den Händen.

Es sind nicht Kinder unter 16 Jahren, denen die Firma dieses bietet, sondern meist Familienväter.

Die übliche Absicht, die Abhängigkeit der Arbeiterschaft vom Unternehmer auf die höchste Spitze zu treiben, sucht man bekanntlich auch durch sogenannte Wohlfahrtsvereine zu erreichen. Dienstbesitzene Sozialpolitiker rechnen hierzu gern die Kasernen der älteren, etwas sephärieren Personals in **Fabrikwohnhäusern**, wodurch allerdings die Wohlfahrt des Arbeitnehmers noch nie Schaden gelitten hat. Wenn diese Kasernen noch nicht in größerem Umfange bei uns in Erscheinung tritt, so deshalb, weil unsere Großbetriebe vielfach inmitten der Städte liegen und, wenn sie wirklich noch etwas Ausdehnungsraum hatten, denselben bei der sprunghaften Entwicklung der ganzen Industrie zunächst für sich selbst brauchten. Doch das System findet auch ihren Beifall und einige haben die Möglichkeit nicht ungenutzt gelassen. Es sind uns gemeldet: Lohed & Co., Dresden-Lößnitz — Merk & Hrens, Wadenia, Freiburg — Gebr. Stollwerk, Köln und die Muehlfabrik Scheuer Erbes, Kolmar-Logelbach. Es sind in Wirklichkeit nicht die einzigen.

Wir kommen nun zu den Fragen betreffs der **Heimarbeit** oder eventuell **Anstalts- resp. Gefängnisarbeit**. Voraus zu bemerken ist, daß Unternehmungen, welche nur auf Heimarbeit beruhen, von unserer Statistik nicht getroffen wurden und werden solche auch nur in Ausnahmefällen zu finden sein. Wir konnten ja vor kurzem von solche Ausnahmen im Odenwalde betreffs Honigkuchenbäckerei berichtet haben, haben aber von dort jetzt kein Material erhalten können. Als **Heimarbeiter** kommen bei unseren Feststellungen nur größere oder kleinere Gruppen in Frage, welche, außer dem Betriebspersonal, mit gewissen Arbeiten betraut werden, und ferner solche Betriebsarbeiter und Arbeiterinnen, welche Arbeit nach Feierabend noch mit nach Hause nehmen. Es sind 67 Betriebe gemeldet, wo dieses gehandhabt wird. Eine verhältnismäßig hohe Zahl, wie sie vielleicht die wenigsten erwartet hätten. — Die Angaben über die hierbei in Frage kommende Arbeiterschaft sind allerdings sehr ungenügend, was aber nicht wundernehmen kann, da diese Verhältnisse jeder Fabrikant am liebsten mit einem dichten Schleier überzieht, weil er sehr wohl weiß, daß in der Neuzeit die Konsumenten von einer derartigen Gepflogenheit nicht erbaunt sind. Mit Recht verlangt man heutzutage, daß die Nahrungs- und Genussmittelindustrie aus Reinlichkeitsgründen und Gesundheitsrücksichten darauf verzichtet, Waren in unkontrollierbaren Wohnräumen durch noch weniger kontrollierbare Finger gehen zu lassen. Dort, wo es geschieht, will man es der Öffentlichkeit vorenthalten und gibt solche Arbeiten meist in aller Stille in den Kontoren aus, und die Mehrzahl der Arbeiterschaft des Betriebes erfährt selten etwas davon, daß man auch im „Heim“ des Arbeiters fertig machen, ausdrücken, malen, einwickeln, packen usw. läßt. So konnten nur aus 33 Betrieben ungefähre Zahlen ermittelt werden. Als direkte Heimarbeiter sind 2 Männer, 201 Frauen und 21 Kinder angegeben, während noch 64 Arbeiter und 62 Arbeiterinnen Heimarbeit als Nebenbeschäftigung treiben. Auch letztere wirkt in demselben Maße lohnbrückend wie die Heimarbeit selbst — vielleicht noch mehr — und haben die Kollegen allen diesen Verhältnissen in Zukunft jedenfalls die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Unseres Erachtens könnte den Unternehmern der Genussmittelindustrie diese Form der Ausbeutung sehr bald

und gründlich verleidet werden, und es ist unsere Aufgabe, das ganze Gebiet einmal durch eine Spezialuntersuchung in dieser Hinsicht klarzustellen.

Ebenso wichtig und interessant für die Öffentlichkeit wäre es, nochmals ganz eingehend nachzuforschen, wo und in welchem Umfange **Anstalts- und Gefängnisarbeit** bei uns Platz gegriffen hat. Auch in diesen Anstalten fehlt natürlich alle und jede Kontrolle der Öffentlichkeit, meist auch eine fachmännische Leitung, und die organisierte Arbeiterschaft hat noch sonst alle Ursache, diejenigen kennen zu lernen, welche für Herstellung ihrer Waren nur Gefängnis- oder Anstaltslöhne anlegen. Bisher gemeldet sind uns die folgenden Betriebe: **B. W. Gaebke**, Hamburg-Eppendorf, läßt bei der Heilsarmee (!!) und in der Alsterdorfer Anstalt für Schwachsinnige und Erziehungsanstalt jede Woche ungefähr drei Wagenladungen seines Kaffees verpacken! **E. Wolff Nachfolger**, Inhaber A. und G. Crailsheimer; (derselbe, der seinen Leuten Uhren zu M. 3,50 als Belohnung anbietet, wenn sie der Organisation fernbleiben), läßt im Kloster ungefähr zwei Drittel seiner Waren anfertigen! **Gustav Wahn & Co.** in Wolfsbühl läßt im dortigen Zuchthaus 30 Personen für sich arbeiten! Schließlich ist noch mitgeteilt, daß auch bei Gebr. Stollwerk A. G., Köln a. Rh., immer ein Wagen aus der Anstalt Braunsweiler vorfährt.

Die **Garderobenverhältnisse** sind folgendermaßen festgestellt: Ueberhaupt vorhanden sind Garderoben in 206 Betrieben, getrennt für die Geschlechter aber nur in 190 Fällen und 38 mal sind verschließbare Schränke vorhanden.

**Schäume** gibt es nur in 56 Fabriken — meist Großbetrieben; bloß in 33 dieser Räume ist die Sitzgelegenheit genügend. Die Mehrzahl der Arbeiterschaft muß somit ihre Mahlzeiten in den Arbeitsräumen einnehmen, und meist halten es unsere Unternehmer noch nicht einmal für nötig, für einen Schmel oder Stuhl zu sorgen, so daß auf den Warentischen usw. Platz gesucht werden muß!

Die nächsten Fragen beschäftigten sich mit der sogenannten **Bisitation**, einer Spezialhand der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie. In keinem Gewerbe läßt sich die Arbeiterschaft noch in diesem Umfange bieten, allgemein von vornherein des Diebstahls verdächtig zu werden, wie es bei uns der Fall ist. Dieser Zustand ist so eingebürgert, daß sich die meisten leider dabei gar nichts mehr denken. Ja noch mehr! Selbst Arbeiter anderer Berufe, die es als die größte Beleidigung ansehen würden, wenn man sie oder ihre Angehörigen, z. B. ihre Töchter oder Frauen, so behandelte, sehen darin gar nichts Auffälliges mehr, weil es eben schon jahrzehnte langer Brauch ist. Aber er muß fallen! Unsere Arbeiterschaft und die am meisten von der Bisitation betroffenen Arbeiterinnen besonders müssen diese Forderung überall mit an die erste Stelle setzen. Denn diese Generalbisitationen, die noch obendrein oft in schamverlegender Weise — mitunter sogar in Gegenwart von Männern — vorgekommen werden, ertönen gerade das Ehrgefühl der jungen Mädchen, so daß sie dann erst der Versuchung, sich etwas anzueignen, zum Opfer fallen. Im übrigen muß bei uns die Kontrolle der Arbeiterschaft im Betriebe genau so genügen, wie sie in anderen Berufen genügt. Die Verschiedenheit, mit welcher man die einzelnen Gruppen bezüglich der Bisitation behandelt, spricht außerdem noch Bände, denn in 125 Betrieben wurden Arbeiterinnen, in 42 aber nur Hilfsarbeiter, in 17 Bäckern, in 12 Konditoren einer Bisitation unterzogen!

Ein ebenso trauriges Kapitel umfaßt das **Strafgeldwesen**, welches auch gerade den schlechtestgelohnten gegenüber am stärksten in Anwendung kommt. In 106 Betrieben wurden Strafgelder erhoben. Für 97 Fälle wurden Einzelangaben darüber gemacht, bis zu welcher Höhe eine solche Strafe sich steigert. Die Angaben lauten folgendermaßen:

16 mal M. —,10	17 mal M. 1,—	1 mal M. 10,50
2 „ „ —,15	1 „ „ 1,50	1 „ $\frac{1}{2}$ Stundenlohn
15 „ „ —,20	3 „ „ 2,—	4 „ 1
3 „ „ —,25	1 „ „ 2,50	8 „ $\frac{1}{2}$ Tageslohn
2 „ „ —,30	4 „ „ 3,—	4 „ 1
14 „ „ —,50	3 „ „ 5,—	
1 „ „ —,80	1 „ „ 6,—	

Solche Strafgelder bei den Löhnen in unserem Beruf! Wie oft werden die gesetzlichen Bestimmungen gerade hierbei in rückfichtloster Weise überschritten, ohne daß die davon Betroffenen dagegen etwas zu unternehmen wagen, um nur das kärgliche Brot nicht zu verlieren. Aber die Billigkeit unserer Unternehmer zeigt sich in den folgenden Angaben noch deutlicher:

Eine Kontrolle über die Verhängung oder Verwendung der Strafgelder stand der Arbeiterschaft nur in 17 Betrieben zu. Und auch die hierzu berufenen Arbeiterausschüsse oder dergleichen waren in den meisten Fällen nur ausgeprochene Vertrauensleute des Unternehmers. Verwendet wurde das Geld: 37 mal für Krankenunterstützung oder Betriebskrankenkassen, einmal zur Rente für Personen über 70 Jahre (!), 18 mal wurde es Weihnachten oder an einem anderen Termin wieder unter die Leute verteilt, 18 mal zu Vergütungen verwendet, einmal für Totenkranke oder Hochzeitsgeschenke verbraucht. 1 mal heißt es: „das behält der Chef“, 1 mal: „das steht der Chef ein“, 1 mal: „wer danach fragt, wird entlassen“, 1 mal: „es wird zerbrochenes Material dafür gekauft“. In den übrigen 27 Betrieben weiß man überhaupt nicht, wo das Geld bleibt und kümmert sich anscheinend auch nur wenig darum. Auch diese Feststellung gereicht unserem Unternehmertum nicht zur Ehre.

Die **Schuhvorrichtungen** an den Maschinen werden in 31 Fällen, d. h. also fast in 16 pZt. der 198 Betriebe mit elementarer Kraft, als mangelhaft bezeichnet. Es wäre zu wünschen, daß unsere Kollegen in solchen Fällen von ihrer Pflicht, solche Betriebe der Fabrikinspektion anzuzeigen, mehr Gebrauch machte.

Für heute wollen wir noch die allgemeinen Angaben über **Sonstige Mängel im Betriebe** bringen, behalten uns aber die ausführliche Wiedergabe einiger charakteristischer Antworten für später vor.

44 mal wurde über die **Garderoben** geklagt; „dunkel“, „ungezieselt“, „zu klein“, „schmutzig“, „Schweinefell“, „Verbestall“, „die Männer können hineinsehen“ (zu den Arbeiterinnen), „gleichzeitig Schraum“ und so fort lauten hier die näheren Angaben.

35 mal wurde über die **Arbeitsräume** Beschwerde geführt, davon allein 24 mal über ungenügende Ventilation; sonst noch Klagen über die **Reinlichkeit**, über **Lichtmangel**, über die **Größenverhältnisse**.

45 mal ist über die **Behandlung** geklagt. Nebenarten wie „**Kerl**“, „**Frauenmischer**“ werden angeführt; in einem Falle werden den erwachsenen Arbeitern von dem **Borarbeiter** öfter Schläge angeboten; in einigen Fällen hat man die **Verbandsmitglieder** besonders aufs Korn genommen.

Die **Reinlichkeit** ist bekanntlich bei unseren Unternehmern, wenn man ihre **Geschäftsreklamen** liest, die **Seele** vom ganzen Geschäft. In der **Statistik** sieht es anders aus. In sieben Fällen gab es keine oder ungenügende **Handtücher**, in sieben anderen Fällen keine genügende **Waschgelegenheit**, in 22 Fällen **unsaubere Klosetts**. In 24 Betrieben waren die **Klosetts** auch außerdem der **Zahl** nach ungenügend, sieben davon waren der **gemeinschaftlichen** Benutzung des männlichen und weiblichen Geschlechts zugewiesen. Arbeiterinnen beschwerten sich in einem Falle, daß die **Männer** in ihr **Klosett** hineinsahen und greifen können, in einem anderen Falle wird berichtet, daß die **Klosettbrüste** auch zum **Reinigen** der **Tische** mitunter Verwendung gefunden hat. Die **Einzelantworten** enthüllen noch eine ganze Anzahl **miserabler Zustände**, so daß wir nur dringend fordern können, daß die **Fabrikinspektoren** auch darauf ihre **Aufmerksamkeit** lenken.

**Eine noble Firma.** Unserer **Kollegin M.** bei der **Firma Gerling & Kockiroh**, **Dresden**, war im **Drange** der **Geschäfte** das **Unglück** passiert, an einen **Haufen** aufgestapelter **Kisten** zu **stoßen**, was bei der **drangvoll fürchterlichen** **Enge**, unter der in dieser **Abteilung** gearbeitet werden muß, **absolut kein Wunder** ist. Der **Zufall** will es nun, daß die **oberste** aufgestellte **Kiste** durch den **Anstoß** herunter und gerade in eine **Fensterseibe** fällt. Darob **großer Krach** und am **Volksfest** — 50 % **Abzug** für die **Fensterseibe**, und da unsere **Kollegin** dagegen **protestiert**, erfolgt — **Entlassung!** Die **50 %** behält aber die **Firma** obendrein!

Weber lassen viele **Kollegen** und **Kolleginnen** sich solche **unberechtigten** **Abzüge** gefallen und schließlich bilden sich diese **Herren** ein, daß **derartiges Vorgehen** ihr **unveräußerliches Menschenrecht** ist. Der **Firma Gerling & Kockiroh** wird **Gelegenheit** gegeben werden, ihre **Rechtsanschauungen** vor dem **Gewerbegericht** zu **entwickeln**.

**Wie dumm man den Arbeiter einschätzt!** Durch die **Arbeiterpresse** geht folgende **Mitteilung**:

„Ein **neues Mittel**, die **Arbeiter** von der **Organisation** fernzuhalten, hat die **Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik** von **A. & C. Crailsheimer** in **Straßburg-Neudorf** entdeckt. Der **Inhaber** der **Firma** macht im **Betriebe** bekannt, daß für diejenigen, die nicht in den **Verband** und in die **Gewerkschaftsversammlungen** gehen, **Uhren** im **Werte** von **M. 7 zu M. 3,85** zu haben sind. Der **arbeiterfreundliche** **Unternehmer** als **Uhrenhändler**. Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr!“

Die **Uhrmacher** sollten die **Herren A. & C. Crailsheimer** obendrein wegen **unlauteren Wettbewerbs** belangen.

**Rache ist süß!** Nach diesem **Spruchwort** handelt die **Firma Scheurer** in **Lögelbach** bei **Colmar**. Am **11. d. M.** ist das ganze **Abteilungsgebäude** der **Müllfabrik** **niedergebrannt**. Die **Folge** dieses **Brandunglücks** ist die **Entlassung** von **Arbeitern**. Mit **Recht** war man nun der **Meinung**, daß die **zuletzt** **Eingestellten** zuerst **entlassen** würden. **Herr Scheurer** aber handelt anders. Er **entläßt** diejenigen, die im **Frühjahr** den **Streik** mitgemacht haben, während die **Arbeitswilligen** weiter **beschäftigt** werden. Weil also die **Arbeiterinnen** von ihrem **gesetzlich** **gewährleisteten** **Koalitionsrecht** Gebrauch machten, um ihre **traurige** **Lebenslage** zu **verbessern**, werden sie **entlassen**, darunter **Arbeiterinnen**, die **8 bis 10** und **12 Jahre** bei dieser **Firma** **arbeiteten**. Zwei **Arbeiterinnen**, die **schon über 22 Jahre** dort **beschäftigt** waren, fragten **Herrn Scheurer**, warum denn auch sie **entlassen** werden. Da **erklärte** dieser **Fabrikherr**: weil sie **dem Hause** nicht **treu** **geblieben** seien, also **weil sie gestreikt** haben. **Deutlicher** als sich hier **Herr Scheurer** als **scharfer** **Gegner** einer **Arbeiterorganisation** gezeigt hat, kann es der **größte** **Scharfzücker** nicht tun. Am **Samstag**, den **18. Juli**, **beschäftigte** sich eine **Mitgliederversammlung** mit dieser **Sache**. Die **Kollegen** **Schächtele** und **Gauleiter** **Vantes** **verurteilten** das **Verhalten** dieser **Firma** in **scharfer** **Weise**. Den **Mitgliedern** wurde, **soweit** sie **nach** **ohne** **Arbeit** sind, die **Unterstützung** **zugelassen**. Auch mit diesen **Gewaltmitteln** wird **Herr Scheurer** die **Organisation** nicht **ausrotten**. Und nur eine **Frage** möchten wir an **Herrn Scheurer** **richten**: **Wäre** es ihm **angenehm**, wenn die **gesamte** **organisierte** **Arbeiterchaft** **keine** **Ware** aus **seinem** **Betriebe** **kaufen** würde?

**Eine Erimmerung.** Zu **Basel** in der **Schweiz** haben **bekanntlich** vor **einiger** **Zeit** die **Konditorgehülfsen** **gestreikt**. Die „**Rus'en**“ **widmeten** der „**Bewegung**“ in ihrem **nationalen** **deutschen** **Blatte** einen **Artikel**, so **lang**, wie sie ihn **weder** **vor** noch **hinterher** **wieder** **zusammengebracht** haben, und **sehen** den dortigen „**Erfolg**“ **zum** **Teil** mit **auf** ihr **Konto**, da sie es ja **waren**, die mit **dahinter** **gehandelt** hatten. Der **Erfolg** war auch **danach**. **Aber** was **sehen** die „**Rus'en**“ **nicht** **alles** **auf** ihr **Konto**!

Doch die **Schweizer** hätten wohl auch **ohne** die **kräftige** **Mitwirkung** der **nationalen** „**Mißgeburt**“, deren **Kopf** **unbestritten** der **echtdeutsche** „**Rus'**“ ist, **genau** eine so **flatterhafte** **Bewegung** **geleitet**. Sie haben **schon** **früher**, **bevor** an die „**Halle'schen**“ zu **denken** war, **einmal** mit **gleichem** **Geschick** die **Verhältnisse** der **Kollegen** **bessern** **wollen**; es war **1898**. Allerdings von **denen**, die **damals** **streikten**, hat **diesmal** **keiner** **wieder** **mitgemacht**; denn **länger** als ein **Jahr** hält **selten** ein **Konditor** in **Basel** aus. **Sogar** der **Redakteur** der **Meisterzeitung**, die in **Basel** **erscheint**, war im **Jahre** **1898** mit **unter** den **Streikenden**. Die **Chäbe** können ihn im „**Abler**“ **treffen**, hat er **nach** **viertägiger** **Abwesenheit** vom **Barfüßerplatz** **6** **einem** ihm **begegneten** **Gehülfsen** **gesagt**.

**Arbeiter** **ohne** **Klassenbewußtsein** haben **eben** **noch** **niemals** mit **Opfermut** **streiken** **gelernt** und **werden** es **nie** **lernen**!

## An die Zuckerwaren-Arbeiterinnen Berlins.

**Kolleginnen!** In der **Ortskrankenkasse** der **Konditoren** **Berlins** **wollen** **Antisemiten** und **so genannte** „**Liberale**“, die **Hirsch-Dunderschen** **Gewerkvereinter**, die **Macht** an **sich** **reißen**! **Als** **früher** diese **Gelben** die

**Verwaltung** der **Kasse** in **Händen** hatten, **bezahlte** die-  
selbe **nur** **vier** **Wochen** **Krankenhaus** für **Euch** —  
mußt **Ihr** **länger** **dort** **verbleiben**, so **kam** **Euch** die  
**Armendirektion** ins **Haus** **gelaufen** und **Ihr** **hattet**  
**Scherereien** über **Scherereien**. **Jetzt**, wo **Ihr** **26** **Wochen**  
**Unterstützung** **bekommt**, **floriert** die **Kasse** **trotzdem** —  
ein **Beweis**, daß **auch** **schon** **früher** für **Euch** **hätte** **mehr**  
**getan** **werden** **können**! **Das** **Krankengeld** **wird** **außer-**  
**dem** **jetzt** **noch** **erhöht** **werden** **können**.

Als **Mitglieder** der **Kasse** **habt** **Ihr** **aber** **genau** **so**  
**viel** **zu** **sagen** **wie** **jedes** **männliche** **Mitglied**. **Deshalb**  
**müßt** **Ihr** **jetzt** **bei** **den** **bevorstehenden** **Wahlen** **der**  
**Delegierten** **zur** **Generalversammlung** **auch** **unter** **allen**  
**Umständen** **Eure** **Pflicht** **tun**! **Hört** **nicht** **auf** **die**  
**Unkenrufe** **jener**, die **sich** **wohl** **von** **Euch** **wählen** **lassen**  
**möchten**, **aber** **von** **jeher** **bewiesen** **haben**, daß **sie** **nicht** **in**  
**dem** **Maße** **Eure** **Interessen** **vertreten** **haben** **wie** **wir**.  
**Jetzt** **wollen** **sogar** **die** **Mitglieder** **des** „**Halle'schen** **Ver-**  
**bandes**“, die **zu** **eingebildet** **sind**, **um** **mit** **uns**, **den**  
**Fabrikkollegen**, **den** **Zuckerwaren-Arbeitern**, **in** **einer** **ge-**  
**meinsamen** **Arbeiterorganisation** **zusammen** **zu** **wirken**  
**und** **welche** **Euch**, die **Arbeiterinnen**, **von** **je** **nur** **über**  
**die** **Näsel** **ansetzen**, die **Euch**, **wie** **Ihr** **wißt**, **als** **alles**  
**andere**, **aber** **nicht** **als** **Kolleginnen** **anerkennen**, **Eure**  
**Stimme** **haben**, **um** **dadurch** **in** **der** **Verwaltung** **der**  
**Kasse** **zu** **kommen**. **Weist** **diese** **Zumutung** **ganz** **energisch**  
**von** **Euch**! **Zeigt** **ihnen**, daß **Ihr** **Euch** **zu** **gut** **haltet**,  
**in** **dieser** **Weise** **Euch** **zum** **Narren** **halten** **zu** **lassen**!  
**Keine** **Arbeiterin** **darf** **die** **gemeinschaftliche** **Liste** **des**  
**Gewerkvereins** **und** **dieses** „**Nationalen** **deutschen**  
**Ronditorgehülfsenverbandes**“ **unterstützen**! **Aber** **jede**  
**Kollegin**, die **wahlberechtigt** **ist**, **das** **heißt**, **die** **das**  
**21. Lebensjahr** **erreicht** **hat**, **muß** **zur** **Wahl** **gehen** **und**  
**die** **Liste** **unseres** **Verbandes**, des „**Deutschen** **Bäcker-**  
**und** **Ronditorenverbandes**, **der** **Zuckerwaren-Arbeiter-**  
**und** **Arbeiterinnen**“ **wählen**. **Agitiert** **bis** **dahin** **lebhaft**  
**unter** **Euren** **Mitarbeiterinnen**, **damit** **alle** **zur** **Stelle** **sind**!

## Das Reichsversicherungsamt im Jahre 1907.

II.

Ueber den **Stand** der **Invalidenversiche-**  
**rung** am **Schlusse** des **Jahres** **1907** **teilt** **der** **Bericht** **mit**,  
daß **die** **Zahl** **der** **seit** **Bestehen** **der** **Versicherung** **ange-**  
**laufenen** **Rentenansprüche** **2 053 942** **beträgt**. **Davon** **kommen**  
**auf** **Invalidentrenten** **1 516 021**, **auf** **Krankentrenten** **78 527**  
**und** **auf** **Altersrenten** **459 394**. **Am** **Anfang** **des** **Jahres** **1908**  
**liefen** **noch** **841 992** **Invalidentrenten**, **20 081** **Krankentrenten**,  
**und** **116 887** **Altersrenten**. **Die** **Zahl** **der** **Altersrentner**  
**verringert** **sich** **mit** **jedem** **Jahr** **mehr**; **die** **in** **den** **ersten**  
**Jahren** **nach** **Inkrafttreten** **der** **Versicherung** **in** **den** **Genuß**  
**einer** **Rente** **Gelangten** **sterben** **so** **allmählich** **aus** **und** **die**  
**Zahl** **der** **neu** **zuzunehmenden** **Altersrentner** **ist** **verhältnis-**  
**mäßig** **gering**; **der** **Kapitalismus** **sorgt** **ja** **bekanntlich** **dafür**,  
daß **die** **Arbeiter** **kein** **zu** **hohes** **Alter** **erreichen**. **Aber** **auch**  
**die** **Zahl** **der** **Invalidentrenten** **hat** **sich** **in** **den** **letzten** **Jahren**  
**erheblich** **vermindert**; **auf** **die** **Ursachen** **werden** **wir** **später**  
**zurückkommen**.

**Beitragserrattungen** **sind** **bis** **zum** **Schlusse** **des** **Berichts-**  
**jahres** **2 031 069** **anerkannt** **worden**, **davon** **kommen** **1 662 544**  
**auf** **Fälle** **der** **Verheiratung**, **4891** **auf** **Unfälle** **und** **363 634**  
**auf** **Todesfälle**.

**Die** **Entschädigungen** **aus** **der** **Invalidenversicherung** **im**  
**Jahre** **1907** **sind** **einschließlich** **des** **Reichszuschusses** **auf** **rund**  
**172** **Millionen** **Mark** **zu** **schätzen**. **Im** **Jahre** **1906** **kamen**  
**M. 166 039 147** **zur** **Auszahlung**, **die** **sich** **verteilen** **mit**  
**M. 120 987 512** **auf** **Invalidentrenten**, **M. 3 630 278** **auf** **Kran-**  
**kenrenten**, **M. 18 354 811** **auf** **Altersrenten**, **M. 8 436 366** **auf**  
**Beitragserrattungen**, **M. 13 468 263** **auf** **Heilverfahren**,  
**M. 407 754** **auf** **Invalidenhauspflege** **und** **M. 754 163** **auf**  
**außerordentliche** **Leistungen**. **Die** **Einnahmen** **der** **Versiche-**  
**rungsträger** **aus** **Beiträgen** **für** **das** **Jahr** **1907** **werden** **auf**  
**etwa** **178** **Millionen** **Mark** **geschätzt**; **das** **Vermögen** **der** **Ver-**  
**sicherungsträger** **betrug** **am** **Schlusse** **des** **Berichts-**  
**jahres** **1398** **Millionen** **Mark**.

Ueber die **Angelegenheiten** **der** **Versicherungsträger** **hatte**  
das **Reichsversicherungsamt** **vielfach** **zu** **entscheiden**. **Be-**  
**merkenswert** **ist** **eine** **Entscheidung** **des** **Amtes**, **nach** **der** **bei**  
**Errichtung** **von** **Bauten** **im** **eigenen** **Grundstücken** **als** **Ar-**  
**beitgeber** **der** **Bauarbeiter** **im** **Sinne** **des** **Invalidenversiche-**  
**rungsgesetzes** **der** **Bauunternehmer** **angesehen** **wird**, **nicht**  
**aber** **ein** **dritter**, **welcher** **dem** **wenig** **kapitalkräftigen** **Bau-**  
**unternehmer** **die** **Baugelder** **gewährt** **hat**; **eine** **Haftung** **der**  
**im** **§ 29** **des** **Bau-Unfallversicherungsgesetzes** **enthaltenen**  
**Bestimmung** **über** **Haftung** **des** **Bauherrn** **wurde** **auf** **dem**  
**Gebiet** **der** **Invalidenversicherung** **für** **unzulässig** **erachtet**.

**Anfragen** **über** **Angelegenheiten** **der** **Versicherung** **finden**  
**vom** **Reichsversicherungsamt** **keine** **Beantwortung**. **Das**  
**müssen** **sich** **die** **Arbeiter** **ein** **für** **allemal** **merken**. **Zur** **Aus-**  
**kunftserteilung** **sind** **die** **unteren** **Verwaltungsbehörden** **ver-**  
**pflichtet** **und** **gibt** **das** **Amte** **die** **Anfragen** **meist** **an** **diese** **Be-**  
**hörde** **ab**. **Der** **wertvollste** **Bestandteil** **der** **Invalidenversiche-**  
**rung** **ist** **die** **Krankenfürsorge** **durch** **Einleitung** **des** **Heilver-**  
**fahrens**. **Während** **die** **Renten** **nie** **mehr** **als** **einen** **Zuschuß**  
**zur** **Lebenshaltung** **darstellen** **und** **in** **Ermangelung** **sonstigen**  
**Einkommens** **kaum** **die** **Armenpflege** **überflüssig** **machen**, **be-**  
**deutet** **das** **Heilverfahren** **für** **die** **Zugelassenen** **eine** **erheb-**  
**liche** **Fürsorge** **für** **die** **Gesundheit**, **nicht** **selten** **deren** **völlige**  
**Wiederherstellung**. **Es** **ist** **daher** **erfreulich**, **daß** **seine** **An-**  
**wendung** **mehr** **und** **mehr** **zunimmt**. **Nach** **dem** **Bericht** **des**  
**Reichsversicherungsamtes** **sind** **bis** **zum** **Schlusse** **des** **Jahres**  
**1906** **insgesamt** **356 834** **Personen** **mit** **einem** **Kostenaufwand**  
**von** **M. 87 361 371** **dem** **Heilverfahren** **zugeführt** **worden**.  
**Vielfach** **sind** **die** **Versicherungsanstalten** **noch** **nicht** **voll** **über-**  
**zeugt** **von** **dem** **Wert**, **der** **in** **einem** **möglichst** **ausgedehnten**  
**Heilverfahren** **liegt**, **doch** **bricht** **sich** **mehr** **und** **mehr** **die** **Er-**  
**kennntnis** **Wahn**, **daß** **das** **Heilverfahren** **der** **Wohlfahrt** **der**  
**Versicherten** **dient**, **andere** **seits** **aber** **auch** **der** **Vermögenslage**  
**der** **Versicherungsanstalten** **förderlich** **ist**.

**Die** **Rechtsprechung** **des** **Reichsversicherungsamtes** **in**  
**Invalidenversicherungssachen** **steht** **natürlich** **in** **ziemlich**

**gleicher** **Höhe** **wie** **bei** **den** **Unfallsachen**. **Die** **Zweifelhaftig-**  
**keit** **der** **Erfüllung** **der** **Rechtsansprüche**, **die** **lange** **Dauer** **des**  
**Verfahrens** **und** **die** **Mängel** **des** **Rechtsweges** **treten** **hier**  
**wie** **dort** **zu** **Tage**.

**Die** **Streitfragen** **des** **Revisionsverfahrens** **im** **Berichts-**  
**jahr** **waren** **in** **erster** **Linie**, **ob** **bereits** **Erwerbsunfähigkeit**  
**eingetreten** **oder** **wieder** **behooben** **war** **(in** **40,52** **pZt.**  
**Fällen)**; **dennächst** **häufig** **war** **die** **Erfüllung** **der** **Wartezeit**  
**streitig** **(in** **15,88** **pZt. Fällen)**. **Weiter** **war** **zu** **prüfen**  
**das** **Erlöschen** **der** **Anwartschaft** **(in** **6,41** **pZt. Fällen)**,  
**ferner** **die** **Frage**, **ob** **dem** **Verfahren** **wesentliche** **Mängel**  
**zu** **grunde** **lagen** **(in** **12,7** **pZt. Fällen)**, **sowie** **ob** **eine** **Ver-**  
**änderung** **der** **Verhältnisse** **eingetreten** **ist** **(in** **12,86** **pZt.**  
**Fällen)**.

Ueber die **Statistik** **der** **Rechtsprechung** **ist** **folgendes** **zu**  
**sagen**. **Die** **Zahl** **der** **im** **Jahre** **1907** **von** **den** **Versicherungs-**  
**anstalten** **und** **Kasseneinrichtungen** **erteilten** **Bescheide** **be-**  
**trug** **381 123**, **gegen** **378 978** **im** **Vorjahre**. **Hier** **von** **entfallen**  
**199 265** **Bescheide** **auf** **Beitragserrattungsachen**, **gegen** **die**  
**eine** **Verufung** **nicht** **möglich** **ist**.

**Von** **den** **181 858** **berufungsfähigen** **Bescheiden** **betrafen**  
**93,1** **vom** **Hundert** **Invalidentrenten-** **und** **6,9** **vom** **Hundert**  
**Altersrentensachen**.

**Berufungen** **in** **Invaliden-** **und** **Altersrentensachen**  
**wurden** **anhängig** **gemacht** **25 928** **(Vorjahr** **26 402)**. **Hier**  
**betrafen** **97,9** **pZt.** **Invalidentrenten-**, **2,1** **vom** **Hundert**  
**Altersrentensachen**. **Auf** **je** **100** **berufungsfähige** **Bescheide**  
**entfielen** **14,3** **Berufungen**. **Die** **Zahl** **der** **Revisionen** **ist**  
**entgegen** **der** **im** **Jahre** **1901** **begonnenen** **bis** **1906** **dauern-**  
**den** **Steigerung** **im** **Berichtsjahre** **zurückgegangen**; **sie** **betrug**  
**5555** **gegen** **6290** **im** **Vorjahre**. **Von** **den** **Versicherten** **wur-**  
**den** **88,51** **pZt.**, **von** **den** **Versicherungsanstalten** **11,49** **pZt.**  
**Revisionen** **eingereicht**.

**Zu** **bearbeiten** **waren** **mit** **den** **vom** **Vorjahre** **unerledig-**  
**ten**

lichen Stellen wissen, welche Wirkung ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen zeitigen. Die Ausföngung der großen Massen des Volkes fördert selbstredend die Inbalidität.

Da heißt's, beizeiten dazu tun, damit wenigstens der Schein gewahrt bleibt, als ob Deutschland in der Sozialpolitik voran sei.

Gibt es eine schärfere Beurteilung unserer bestehenden inneren Zustände, als die Tatsache, daß schon künstlich vorgebeugt werden muß, damit sich nicht, wie Posadowski so schön sagte, eine „Ueberspannung des Versicherungsprinzips“ bemerkbar macht.

Eine sozialpolitische Großtat ist aber das künstliche Herunterschrauben der Zahl der Rentenempfänger sicher nicht. Wenn die Zahl der Invaliden stärker zunimmt, als vorausgesehen wurde, steht doch nichts im Wege, die Mittel zur Unterstützung dieser Opfer unserer Wirtschaftsprüfung anderwärts aufzubringen. Wenn von den Milliarden, die für Militarismus, Marinismus und Wirtensand ausgeworfen werden, ein Teil zu diesem Zwecke verwendet würde, dann hätte Deutschland das Recht, sich mit seiner Sozialpolitik zu rühmen, so aber nicht. Der Bericht des Reichsversicherungsamtes lehrt die Arbeiter, den Vorgängen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. Von ihrem Vorgehen hängt die Ausgestaltung der Versicherungsgesetzgebung ab, und nur ihre Arbeit kann die deutsche Arbeiterversicherung auf die Höhe bringen, daß sie ihren Namen mit Recht verdient.

## Berichte aus den Mitgliedschaften.

**Hanau a. M.** In einer Mitgliederversammlung am 2. Juli wurde Kenntnis davon genommen, daß gegen den Kollegen Reitschler seitens des Gauleiters der Vorwurf erhoben worden sei, er habe während seiner Arbeitslosigkeit keine Agitation betrieben. Die Zahlstelle wies diese Behauptungen zurück, weil sie nicht den Tatsachen entspreche. Reitschler habe neben Erledigung der Verbandsgeschäfte nicht nur in Hanau sondern auch in der Umgegend die Agitation eifrig betrieben. Den geringen Erfolg dieser Agitation wiesen die Versammelten anderen Umständen zu, an denen Reitschler keine Schuld trage.

**Serford.** Die am Donnerstag, den 16. ds. Mts., stattgefundene öffentliche Versammlung war von 260 Personen besucht. Reichstagsabgeordneter Sebering sprach über: „Freie und christliche Gewerkschaften“. Dieses Thema war gewählt, um unseren Herforder Kollegen die Gelegenheit zu geben, sich über die sogenannte christliche Gewerkschaft zu orientieren, da in unserer letzten öffentlichen Versammlung es der aufmerksame Seelenhirte Herr Chr. Schmitz aus Düsseldorf nicht unterlassen konnte, unsere Versammlung dazu zu benutzen, im Interesse der hiesigen Fabrikanten seine Zersplitterungsarbeit zu versuchen. Weil wir auch die andere Seite zum Wort kommen lassen wollten, hatten wir Herrn Schmitz höflich eingeladen. Herr Schmitz kam! Wer aber glaube, Sachliches über die Notwendigkeit der christlichen Bewegung zu hören, der hatte sich getäuscht. Eine reine Schimpfkanonade darüber, daß wir so viele Mitglieder haben und er so wenig, daß wir allenthalben Tarifverträge mit den Arbeitgebern abschließen auf Grund unserer Macht und er gar keine, höchstens solche, die die Arbeitgeber ausarbeiten und die er nur zu unterzeichnen braucht. Und so fort. Er schimpfte auch darüber, daß sich unsere Frankfurter Kollegen von einem freireligiösen Prediger Vorträge halten lassen und daraufhin 20 von den 600 Kollegen aus der Kirche ausgetreten seien. Das sei ein Skandal. (Daher wird es auch wohl kommen, daß das Brot in Deutschland so teuer geworden ist. D. W.) Nun hätten aber auch wir bald geschimpft; denn alles wiederholte er zehnmal und unsere Geduld wurde auf eine so harte Probe gestellt, daß unsere Leute fast verzweifeln. Die Kollegen erhielten einen schönen Begriff von so einem christlichen Agitator. Dieser Abend brachte manchem Klarheit darüber, was „christlich“ bei diesen Leuten heißt. Jeder Kollege weiß jetzt, welche Organisation für ihn in Frage kommt.

Und das ist äußerst notwendig; denn wir haben unsere Herforder Kollegen noch wissen zu lassen, daß unlängst die Fabrikantenvereinigung eine Versammlung abgehalten hat, in der die Lohnlisten oder Auszüge aus denselben aufgelegt worden sind, und dabei ist verschiedenen Fabrikanten der Kopf gewaschen worden, weil sie ihren Arbeitern ein paar Pfennige mehr Lohn bezahlten als andere. Es ist sogar durch Beschluß verboten worden, von jetzt ab Verbesserungen eintreten zu lassen, denn „die Krise müsse man aushalten!“ Man rechnet auch bereits mit einer Lohnbewegung in diesem Herbst und ist darüber des langen und breiten diskutiert worden.

Dieses mag unseren Kollegen zeigen, wie unsere Bewegung beobachtet und im anderen Lager sofort dagegen gearbeitet wird. Mag also jeder Kollege aus allem diesen seine Schlüsse ziehen! Sehr merkwürdig außerdem, daß diese Versammlung fast zu gleicher Zeit mit der Landesversammlung stattgefunden hat. Ob auch Herr Schmitz zu den Verhandlungen der Arbeitgeber zugezogen gewesen ist?

Kollegen! Unser Arbeitsprogramm ist festgelegt — wir haben uns unseren Weg vorgezeichnet! Er heißt: aufbauen und ausbauen! Arbeiten und immer arbeiten für die Organisation! Dann werden wir die Beschlüsse der Arbeitgeber schon etwas mobilisieren können und ihnen klar machen, daß zur Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wir schließlich auch noch ein Wort mitzureden haben!

**Karlruhe.** Am 14. Juli fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Lantke über: „Unsere Lohnkämpfe, welche wir in diesem Jahre durchgeföhrt haben.“ sprach. Besonders betonte er, daß man es hier schon gewohnt ist, daß sich die Kollegen für eine öffentliche Versammlung sehr wenig interessieren; denn sie legen sich mit ihrer gleichgültigen Haut lieber in die „Klappe“ und ziehen den Zeigefinger über die Ohren oder laufen den Klümm- und Krachvereinen nach. Sie denken: Wir haben es ja nicht nötig! Die Karlruher Kollegen sollten sich ein Beispiel an den Mannheimer Kollegen nehmen, welche gute Fortschritte in der letzten Lohnbewegung gemacht hätten. Das könnte ebenso gut in Karlruhe zusammen kommen, wenn sich alle zusammenschließen und dem Verbands beitreten würden. Eine Anzahl neuer Kämpfer wurde gewonnen.

**Landshut.** Eine Lust war es, der Mitgliederversammlung am 26. Juli beizuwohnen. Punkt 10½ Uhr waren die Mitglieder alle zur Stelle, so daß die Versammlung präztig eröffnet werden konnte. Nachdem die ersten vier Punkte erledigt waren, erhielt Gauleiter Gahner das Wort, welcher über die diesjährigen Lohnbewegungen sowie über die Vorgänge im gegnerischen Lager referierte. An

der Hand von Artifeln und Notizen zeigte er den Kollegen die Niedertracht und gemeine Handlungsweise der Gegner. Doch auch Erfreuliches konnte er mitteilen. Meister und Gesellen erkennen jetzt gar zu deutlich, was Hartmann eigentlich wollte und was er erreicht hat. „Man merkt die Absicht und man wird bestimmt“ — im Lager der Meister! Mit dem Hinweis, nicht nur die Fachzeitung, sondern auch die Parteipresse fleißig zu lesen, ebenso die Politik zu verfolgen und in jeder Mitgliederversammlung so zahlreich zu erscheinen, wurde nach reichlicher Diskussion die Versammlung geschlossen.

**Nordbayern.** (Agitationsversammlungen.) Fürth. Trotz der sommerlichen Wärme war unsere Mitgliederversammlung am 23. Juli gut besucht. Kollege Gahner schilderte in wahrheitsgetreuen Ausführungen die Vorgänge im gegnerischen Lager so drastisch, daß jedes Mitglied vom Zorn über das freche und gemeine Verhalten der Gelben erfaßt wurde. Er ermahnte deshalb die Kollegen, kalten Blutes raslos weiter zu agitieren, denn ein Schwindelbau mit Lügenballen wird und muß zusammenbrechen, wie dies ja zum Teil auch aus den Innungszeitungen schon hervorgeht. In der Diskussion und im Schlußwort wurde noch auf unsere Zeitung verwiesen, welche gerade in letzter Zeit Agitationsmaterial in Fülle und Fülle enthält.

**Hof.** Die am 19. Juli abgehaltene Mitgliederversammlung war von sämtlichen Mitgliedern besucht und verlief sehr anregend. Den Ausführungen des Referenten wurde volle Zustimmung zu teil, insbesondere aber bei den Klarlegungen über den Schwindel der Gelben. Bedauert wurde in der Diskussion, daß die Kollegen von Hof nicht einsehen, daß sie verrotten und verkauft werden, da doch umsonst die Wäckerinnungen dem gelben Schwindel nicht Taufende von Mark opfern.

**Nürnberg.** Eine Mitgliederversammlung, wie sie um diese Zeit selten hier vorkommt, fand am 22. Juli statt. Gauleiter Gahner sprach über den Abschluß der diesjährigen Lohnbewegungen und über die Vorgänge im gegnerischen Lager. Er führte aus, daß es beschämend auf die „eblen Franken“ wirken müsse, wenn in Südbayern die Organisation immer neue Erfolge erringe, während Nordbayern in der Vereinsbauselei vielfach noch sein höchstes Glück findet. Eine Aufforderung, daß die Mitglieder ernstlich an die irreföhrten und indifferenten Kollegen herantreten und für den Verband agitieren sollen; ferner, daß die Versammlungen jedes mal so besucht sein möchten wie heute, fand begeisterte Aufnahme. Hierauf folgte noch eine kurze, anregende Diskussion. Nachdem sich noch die anwesenden Nichtmitglieder aufnehmen ließen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung. (Anmerkung des Schriftführers: Nur so weiter, Nürnberger Mitglieder, dann geht es auch hier schneller vorwärts!)

**Schwabach.** Unsere Mitgliederversammlung am 24. Juli war vollzählig besucht und erntete Kollege Gahner mit seinen Ausführungen über die Lohnbewegungen und unsere Gegner reichen Beifall. Bedauert wurde, daß in Nordbayern nicht die gleichen Erfolge erzielt worden sind wie in Südbayern. Auch die Freiheit, die hiesige Mitgliedschaft mit Leimruten zu überschütten, kam noch zur Sprache. Schließlich geht diese Freiheit so weit, daß irgend einer noch Abbonnementsgelber von uns dafür einbehalten will! (Wir warten schon darauf! Der Berichtserstatter.) Mit einer kurzen Anfeuerung seitens des Kollegen Frank fand die Versammlung ihr Ende, in welcher einige Mitglieder aufgenommen wurden.

**Würzburg.** Anfeuern auf die hiesigen Kollegen wirkten die Ausführungen des Gauleiters Gahner in der Mitgliederversammlung am 21. Juli über die Erfolge unserer Kollegen in Südbayern und der Oberpfalz. Erfreulicherweise waren alle Mitglieder zur Stelle, und sie versprachen, in der Agitation alles zu tun, damit auch in Würzburg baldigst eine Besserung eintritt.

**Nürnberg.** Am 22. Juli fand im Gewerkschaftshause eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Besuch derselben war ein überaus starker, wie wir solchen in den Sommermonaten schon lange nicht mehr zu verzeichnen hatten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Gahner einen Vortrag über die diesjährigen Lohnbewegungen und die jüngsten Ereignisse im gegnerischen Lager, welcher mit großem Interesse von allen Anwesenden verfolgt wurde. Siehe auch unter Nordbayern. Konhäuser und Lämernann ergänzten die Ausführungen desselben. Beim zweiten Punkt wurde Kollege Kopp mit großer Majorität als zweiter Schriftführer gewählt. Unter „Verschiedenes“ wies Kollege Hechtel auf den seit einigen Monaten bestehenden Diskussionsklub hin und ermahnte besonders die jüngeren Kollegen, sich an demselben fleißig zu beteiligen, um sich als tüchtige Gewerkschaftler auszubilden; denn die ganze Agitation, die nach den örtlichen Verhältnissen am geeignetsten ist, sei die Kleinagitation, und dazu müssen die Kollegen vor allem die unnützen Ausreden der Gegner widerlegen können. Gerade bei der jetzt stattfindenden Hausagitation ist es doppelt nötig, die uns noch fernstehenden Kollegen von den Idealen unserer Organisation zu überzeugen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erörtert wurden, machte der Vorsitzende, Kollege Kolb, darauf aufmerksam, daß die Mitgliederversammlung für Monat August ausfällt, dafür aber die Kollegen sich jederzeit bei einer sich notwendig machenden Versammlung bereit halten sollen. Hierauf Schluß der imposanten Versammlung.

**Remscheid.** Sonnabend, den 11. Juli, fand im Restaurant „Monopol“ eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vorstandswahl; 2. Rassenbericht; 3. Verschiedenes. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Fink als erster Vorsitzender, Kollege Nickelhaus als zweiter Vorsitzender; die Kollegen Brobeck als erster, Wasch als zweiter Kassierer; Kollege Weigert als Schriftführer. Mit dem Amt als Revisoren wurden die Kollegen Öbbrigen und Wasch betraut. Beim zweiten Punkt: Rassenbericht, den Kollege Brobeck erstattete, war besonders die Tatsache erfreulich, daß die Mitgliederzahl der Mitgliedschaft Remscheid im vorigen Monat bedeutend gestiegen ist. Unter „Verschiedenes“ brachte Kollege Ragenberger Mißstände bei der Firma Borlinghaus vor, weshalb nach Schluß der Mitgliederversammlung eine Betriebsversammlung eingeleitet wurde. Sodann ermahnte Kollege Fink die Versammelten, korporativ dem Verbands beizutreten und dann sich sogleich zur Aufgabe zu machen, alle diejenigen Kollegen, welche heute nicht anwesend waren, aufzuklären und nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Mann dem Verbands angeschlossen ist. Es wurde sodann vorgeschlagen, in kurzer Zeit wieder eine Versammlung einzuberufen, bei welcher auch ein Delegierter zu wählen sei. Sämtliche Vorstandsmitglieder verpflichteten sich, für alles einzutreten, was

für die Mitglieder sowie auch für unseren Verband von Nutzen ist. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Kollegen! Wehertigt den Wahlspruch des bekannten Dichters, der da lautet:

Kein Himmel wird das Heil dir senden,  
Es fällt aus keines Gottes Schoß;  
Erfämpfe dir mit eignen Händen,  
Auf dieser Welt ein besseres Loß.

## Polizei und Gerichte.

**Welche Lust, Soldat zu sein!** Der Militärbäcker Greve stand am 10. Juni vor dem Kriegsgericht in Schwertin, weil er die Badeföche nicht gereinigt hatte. Es besteht darüber der allgemeine Befehl, daß jeder nach Gebrauch die Badeföche zu reinigen hat. Der Oberbäcker Lewandowski will Greve auch noch befohlen haben, die Küche zu reinigen. Am 11. Juni trug G. mit dem Bäcker Waade zusammen. L. befahl nun G. nochmals, gleich die Küche zu reinigen, wenn er mit dem Kohlentragen fertig sei. Hierauf soll G. gesagt haben „Gut nich mehr“. G. hat die Küche auch nicht gereinigt. Am nächsten Tage sagte G. zu dem Oberbäcker, er habe nicht Mehl genug bekommen. Auf die Antwort des Oberbäckers soll G. dann noch „gemurrt“ haben. Trotzdem ihm befohlen wurde, „den Mund zu halten“ (?) soll er dann noch zweimal widersprochen haben. Schließlich soll G. ein Brot so auf das Brett geworfen haben, daß es die Form verlor. Auf die Frage des L., ob er (G.) das Brot hingeworfen habe, soll er dieses beurneit haben. Um dieselbe Zeit soll G. sich einen Abend ohne Urlaub nach dem Papstentreich entfernt haben. Greve behauptet, der Oberbäcker habe so auf ihm gefesselt, weil er angezeigt habe, daß Fußbodenmehl mit verbaden würde. Eine Anzeige über Unregelmäßigkeiten in der Militärbäckerei ist vor einiger Zeit von dem Bäcker Lindenberg erstattet, darauf hat die Intendantur eine Untersuchung vorgenommen, und hierbei soll G. gesagt haben, daß das Mehl vom Fußboden zusammengefegt, gesiebt und verbaden würde. Der Bäckermeister Marwitz befundet, daß er dem Oberbäcker gesagt habe, er solle das Mehl, was oben aufliege, mit verbaden, dieses habe er für unbedenklich (!!) gehalten. Der Oberbäcker befundet, er wisse nicht, mer die Anzeige erstattet habe. Das Urteil lautet wegen Ungehorsams gegen einen allgemeinen Befehl, wegen zweimaliger Gehorsamsverweigerung, darunter einmal vor versammelter Mannschaft, wegen Belügens eines Vorgesetzten und wegen Entfernung von der Truppe auf zwei Monate Gefängnis. (1)

Es wäre im Interesse der Mannschaften zu fordern — auch den Angehörigen und den Steuerzahlern ist es nicht gleichgültig —, daß recht genau unterfucht wird, in welchem Umfange die Aussage des Soldaten G., es sei Fußmehl verbaden worden, zutrifft. Daß es geföhren ist, wird ja durch die Befundung des Backmeisters Marwitz fast zur Gewißheit. Wenn ein beliebiger Bäckermeister eine solche Handlungsweise sich zu schulden kommen läßt, so wird er wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz von der Justiz zur Rechenschaft gezogen, da der Genuß solchen Brotes ekelerregend und gesundheitschädlich wirken kann. Und die Soldaten sind um so mehr vor der Möglichkeit zu bewahren, solche Nahrungsmittel verbrauchen zu müssen, da sie nicht in der Lage sind, sich selbst ihre Lieferanten auszufuchen! Ein Versuch, solche Vorkommnisse deshalb totzuschweigen, um die Öffentlichkeit nicht damit zu beschäftigen, wäre auch von vornherein aussichtslos, da denjenigen Militärpersonen, die davon Kenntnis haben müßten — die beteiligten Bäcker —, nach ihrer Entlassung nicht mehr der Mund verboten werden kann. Eine gründliche und objektive Prüfung ist hier also notwendig.

**Ihr laßt die Armen schuldig werden!** Das Schöffengericht Dresden verhandelte am 16. Juli gegen einen jungen Bäckergehilfen, welcher zum zweiten Mal die Anklagebank wegen Diebstahls betrat. Als er die erste Strafe verbüßt hatte, bekam er nicht gleich Arbeit. Er machte Schulden und diese drückten ihn so sehr, daß er einem Kollegen aus dessen ihm unverschlossenen Schranke liegenden Portemonnaie ein Zehnmarkstück entwendete, um die Mahner zu befriedigen. Er wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, mit der Begründung, es lägen keine Strafmilderungsgründe vor. Das Publikum nahm dieses Urteil mit Ausrufen des Entsetzens auf.

Für den gewöhnlichen Menschenverstand ist in der Tat dieses Urteil auch unverständlich. Wenn auch dieser Kollege ein „Gelber“ war, so muß man trotzdem sein Schicksal bedauern. Haben denn die Richter keine Ahnung, wie Arbeitslosigkeit den Arbeiter auf die Bahn des Verbrechens treibt? Sind das keine Strafmilderungsgründe? Dieser junge Kollege handelte doch sicher nicht aus Uebermut, sondern die Not trieb ihn dazu. Er arbeitete bei dem Bäckermeister Gahn, in der Dreifönigskirche 5, und diese Bäckerei ist eine Hochburg der Gelben. Der Mitgeselle Thomassche arbeitet dort, unseres Wissens als Werkmeister, dem Werkmeister ist das Geld gestohlen worden. Th. gehörte bei den Verhandlungen mit dem Innungsvorstand zu jener Gruppe von Leuten, die erklärten, daß die Dresdener Gesellen genug verdienen und sehr auskömmlich ihr Dasein fristen. Wie das auskömmliche Dasein und die gesicherte Existenz des Bäckergehilfen aussieht, zeigt vorstehender Fall. Dieser junge Kollege ist buchstäblich ein Opfer seiner „Bundesbrüder“ geworden. Die Gelben sind wohl dazu da, die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem denkbar niedrigsten Niveau zu halten; aber dann wenn einer der Ihrigen durch ihre Machinationen, durch ihre indirekte Mitschuld, zum Verbrecher wird, dann überantworten sie ihn dem Henker. Das ist Kollegialität!

Würde der Kollege rechtzeitig der Organisation beigetreten sein, so hielt ihn die Arbeitslosenunterstützung wenigstens einigermaßen über Wasser und er blieb der menschlichen Gesellschaft als ein vollwertiges Mitglied erhalten. Hoffentlich zieht mancher der uns noch Fernstehenden eine Lehre daraus.

**Der rechtschaffene Kaiser in Magdeburg vor Gericht.** Eine sonderbar anmutende Geldgeschichte beschäftigte am Freitag, 24. Juli, den Zivilrichter des Amtsgerichts Neustadt. Beklagter war der Bäcker Kaiser, der seinerzeit so entrüstungsvoll die Mißstände im Magdeburger Konsumverein „bekämpfte“. Daß

gerade er dazu sehr wenig qualifiziert war, wissen wir. Der Frage, die das Neustädter Amtsgericht beschäftigte, lagen folgende Vorgänge zu grunde: Der Bäcker Nobigast übergab im Dezember d. J. Frau Kaiser, während ihr Mann schlief, einen Geldbetrag von 990 M. in einem leinenen Beutel zur Aufbewahrung. Das Geld stimmte; es wurde der Frau vorgezählt. Sie legte es in eine Vertikohublade, ließ aber den Schlüssel ihrer Gewohnheit gemäß stecken. Ihrem Manne machte die Frau dann von der Uebergabe des Geldes Mitteilung. Im Januar stellte sich Nobigast wieder ein, um das Geld zurückzufordern. Wiederum war Frau Kaiser allein; ihr Mann war auf dem Boden beim Raupuzen. Nobigast nahm den Beutel mit dem Geld in Empfang und meinte: „Nachzuzählen brauche er ja wohl nicht!“ Die Frau entgegnete: „Ich habe nichts herausgenommen!“ Nobigast entfernte sich, kam aber bald wieder zurück mit dem Bemerkten, daß M. 251 an der Summe fehlten. Kaiser und seine Frau wußten sich das natürlich nicht zu erklären, und es gab eine recht freundschaftliche Auseinandersetzung. Von den Differenzen zwischen Nobigast und Kaiser erfuhr der beiden befreundete Zöllner, auch ein Hauptstreiter der Gelben, der nun eine Einigung herbeizuführen suchte, um, wie er als Zeuge ausfragte, zu verhindern, daß sein Freund Kaiser, der gerade die Klage mit dem Konsumverein auszufechten hatte, öffentlich in Mißkredit käme. Es kam auch eine Einigung zu stande. Kaiser verpflichtete sich schriftlich, die Hälfte des fehlenden Geldes, M. 125,50, in monatlichen Raten von M. 20 an Nobigast zu erstatten. Nachdem er M. 30 bezahlt hatte, stellte er die Zahlungen ein und verlangte von Nobigast eine Erklärung, daß ihm, Kaiser, nichts Ehrenrühriges nachzusagen sei. Nobigast verweigerte diese Erklärung und verklagte Kaiser nun auf Zahlung der ganzen fehlenden Summe. Vor dem Gericht kam nach mehrstündiger Verhandlung ein Vergleich zu stande. Kaiser verpflichtete sich, noch weitere M. 100 und die Hälfte der Gerichtskosten zu zahlen. Auf die Abgabe einer Erklärung verzichtete er. — Wir versagen es uns natürlich, an diesen Gerichtsbericht Schlussfolgerungen zu knüpfen, halten das auch nicht für notwendig.

Aber eins wollen wir doch noch erwähnen! Wer vorstehendes liest und den Mann selbst kennt, wie er, auf der Bühne stehend, ein Gebicht, in welchem es nur so von Gott und vom Veten wimmelt, deklamiert, um auf diese Weise die Zuhörer zu überbügeln, staunt, daß ein solcher frommer Mann es für geraten hält, auf einen derartigen Vergleich einzugehen. Reichsverbandsgefallen wissen eben alles fertig zu bringen.

Hartmann kann stolz sein! In Magdeburg, der sogenannten gelben Hochburg, entpuppt sich einer seiner gelben Lieblinge nach dem anderen in immer schönerem Lichte. Berger, der eigentümliche Kassenrevisor von Westerküchen, Wilhelm Vorhart, der Behringsanpumper, Kaiser, der einen solchen Vergleich schließt, um weiteren, sagen wir einmal recht zart, Unannehmlichkeiten zu entgehen. Fürwahr, die alte Brüderchaft in Magdeburg hat wackere Vorstandsmitglieder!

**Ein gefährlicher Mensch.** Vom Bäckermeister Start in Biebrich, der vor einigen Monaten einen Bahnarbeiter todschlug, aber nicht bestraft wurde, weil er geisteskrank ist, wird wieder ein neuer Schurkenreich bekannt. Start wurde aus dem Irrenhaus entlassen, da bei ihm von Fall zu Fall zu untersuchen sei, ob er eine verbrecherische Tat in Geistesumnachtung begangen hat. Nunmehr verurteilte ihn am Sonnabend die Strafkammer in Wiesbaden zu sechs Monaten Gefängnis, weil er versucht hatte, sein jungfräuliches Dienstmädchen zu vergewaltigen.

**Wie jeder „Handwerkstreue“ Meister werden kann.** Das Schöffengericht Breslau verurteilte den früheren Bezirksleiter der Gelben, jetzigen Bäckermeister Fiedor Dirckle zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen, weil er seinem letzten Arbeitgeber, Meister Wirt, Klosterstraße, des öfteren Geld aus der Kassenkassette gestohlen hatte. Der Staatsanwalt hatte nur drei Wochen beantragt. Das Gericht ging darüber hinaus und verurteilte ihn zu der oben genannten Strafe. Eine bequeme Art, selbständig zu werden.

## Gewerkschaftliche Rundschau.

**Lohnbewegung der Mühlenkutscher in Hannover.** In Nr. 27 berichteten wir von dem Vorgehen der Mühlenkutscher in Hannover-Binden, welche an die Innungen herangetreten waren, um für das Abtragen von Mehl einen bestimmten Satz zu vereinbaren. Die Innung wies sie kurzer Hand ab und die Kutscher wandten sich insolge dessen direkt an die Bäckermeister, welche mit weniger Ausnahmen sich entgegenkommender zeigten, so daß es schließlich zu Vereinbarungen kam. Jetzt haben sich nun die Innungen wieder dazwischengelegt, denn wozu sind sie denn da, wenn nicht zum Scharfmachen!

So beschloß die Bindener Innung vor kurzem und das Bäckeramt Hannover am Freitag ebenfalls, ihre Mitglieder aufzufordern, keinen Pfennig zu bezahlen. Die Bindener Innung forderte ihre Mitglieder außerdem noch auf, das bisher zum Teil übliche Trinkgeldgeben ebenfalls einzustellen.

Beide Innungen erklärten ferner: „Wenn die Mühlenkutscher für das Abtragen überhaupt eine Entschädigung verlangen, so ist das eine unberechtigte Forderung.“ So sieht das „Wohlfühlen“ der Bäckerei aus. Also genau nach dem Schema der übrigen Scharfmacher, welches da lautet: Jede Forderung der Arbeiter ist unberechtigt!

Die Organisation der Kutscher kann den Bäckermeistern nur empfehlen, den üblen Rat der Innungen nicht zu befolgen, da es sonst sehr leicht dazu kommen kann, daß die Bäckermeister nicht 5 % freiwillig, sondern 10 % gezwungenermaßen bezahlen müssen, denn auch die Kammergebühren der Kutscher hat ihre Grenzen.

**Der brutale Kapitalismus.** Von einer mit heispielsloser Brutalität durchgeführten Aussperrung sind die Arbeiter der Stettiner Vulkanwerft betroffen worden. Am Sonnabend, den 18. Juli, wurden 7500 Arbeiter auf das Straßenpflaster gestoßt, weil etwas über 100 Meter nicht länger gewillt waren, in dem bisherigen Maße zu Ueberstunden sich mißbrauchen zu lassen. Wer die Arbeit der Nieter kennt, weiß, daß es Selbsterhaltungspflicht derselben war, die sie zu diesem Vorgehen zwang. Die Arbeit, welche seit Mai d. J. täglich 11 Stunden währte, ist schon an und für sich eine unmenschliche Quälerei. Bei den Verhandlungen spielte die Direktion Komödie, und als darauf an einem einzigen Tage die Nieter die Ueber-

stunden tatsächlich verweigerten, erfolgte ohne weiteres die Aussperrung der gesamten Arbeiterschaft!

Der Kapitalismus ist immer am brutalsten, wenn er noch dabei zu verdienen hofft. So auch hier! Die Vulkan-direktion sperrt, wie mit Sicherheit aus den Verhältnissen festzustellen ist, nur aus, um sich einer drohenden Konventionalstrafe zu entziehen, welche ihr auferlegt ist, wenn am 22. August der Stapellauf des Kriegsschiffes „Württemberg“ nicht stattfindet. Da diese Fertigstellung aus verschiedenen anderen Gründen einfach unmöglich ist, so braucht man die Aussperrung, um von dieser Strafe loszukommen.

Nadter hat sich kaum jemals die rohe Grausamkeit des Kapitalismus offenbart wie in diesem Falle. Aber sie öffnet wieder Tausenden die Augen — nicht nur in Stettin, sondern im ganzen Lande — und die Organisationen setzen dadurch ihre Bataillone immer mehr und mehr auf Kriegsfährte.

## Aus dem Innungslager.

**Die Liebe zum Handwerk bringt süße und bittere Früchte.** Schon über sechs Monate sucht in Bremen ein bald 50 Jahre alter Kollege vergebens Arbeit auf dem Innungsarbeitsnachweis. Trotzdem derselbe auf seiner letzten Arbeitsstätte 14 Jahre beschäftigt war und damit doch wohl genügend seine Liebe zum Handwerk bewiesen hat, ist der „Treue“ für alle Bäckermeister, bei denen er um Arbeit anfragte, bisher stets „zu alt“ gewesen! Von dem, was ihm die ganz, Zeit übrig blieb, kann er natürlich nicht leben, denn die Bezahlung langte eben gerade zu. Was nun?

Andere Arbeit weiß die Innung allerdings besser zu würdigen und zu entlohnen. Der Posten eines Sprechmeisters z. B. muß bedeutend einträglicher sein; denn als hier für den vorstehenden A. Wirsching Ersatz geschafft werden sollte, waren allein zur engeren Wahl 16 Herren gestellt worden. Insgesamt sollen sich 40 um den Posten beworben haben, und ein Herr Göbe, ehemaliger Bäckermeister, der die letzte Zeit als Agent für Bäckereibedarfsartikel sein Geld verdiente, wurde gewählt. Zu dem reaktionären Bremer Innungsvorstand paßt er außerordentlich. Der Verband als solcher kann allerdings in gewisser Hinsicht mit der Wahl zufrieden sein, da dieser „Sprechmeister“ noch manchen Kollegen zum Nachdenken zwingen wird!

**Unkrant.** Die Stellenwucherer — besonders die Berliner — tun so, als ob für sie keine Vorschriften für ihr „Gewerbe“ vorhanden wären! Sie können es nur, weil gerade die Innungsstraiter es sind, von denen sie unter der Hand die meiste Unterstützung finden, da diese bei solcher „Arbeitsvermittlung“ gleichfalls ihre Vorteile zu finden wissen. Trotzdem die Seelenverkäufer für ihr „Gewerbe“ keine Aufträge außerhalb ihrer Behausung ausführen noch annehmen dürfen, tun sie es doch! Trotzdem sie keinen „verlohlen“ sollen, d. h. nach schon besetzten Stellen schicken dürfen, tun sie es doch! Daß bei diesen Menschen die Lügheit der Arbeitssuchenden erst in zweiter Linie kommt, weiß jeder — daß nur das Geld die Hauptrolle spielt, weiß auch jeder! Wenn diese Parasiten mit Menschenanitz für jeden Uebertretungsfall bestraft würden, so kämen sie aus dem Loch meistens nicht mehr heraus. Sie sind wohl schon für den Teufel zu schlecht, denn sonst hätte er sie längst geholt. Das Treiben der Stellenwucherer ist schlimmer als Prostitution, denn bei dieser wird das eigene Fleisch verhandelt — sie aber feilschen auf dem Arbeitsmarkt mit dem Fleisch anderer Leute und leben davon lüppig und in Freuden. Innungen, die eine vernünftige Regelung des Arbeitsnachweises in Gemeinschaft mit der Gewerkschaft verweigern, machen sich zu Mitschuldbigen dieser Gesellschaft!

**Für Meistertreue.** Einen Bäckergehülften, der auch willig Felbarbeit verrichtet, sucht ein Bäckermeister Bauer bei Rothenburg a. d. T. Wie wär's, gelbe Meistertreue? Der Posten entspricht doch Guerm Wahlpruch! Also hin auf diese Stelle!

**Die Breslauer Bäckermeister und ihr Organ.** Sie sind schon lange nicht mehr mit ihrem Organ und dessen Verleger, dem Herrn Adolf Petschek, zufrieden, die Herren vom Badtrog in Breslau. Die Zeitung leistet für das Geld, daß sie daran wenden müssen, ihnen nicht genug und Obermeister Bruffog zog gegen sie zu Felde als in der letzten Quartalsversammlung ein Meister Rieger beantragte, dem Verleger neben dem Zuschuß von M. 250 pro Jahr wenigstens die Portofreien in Höhe von M. 59 zu ersetzen. Es war aber nichts zu machen. Man verweigerte nicht nur den Ersatz dieser Spesen, sondern verweigerte Petschek hinterher auch noch eine Rechtfertigung, so daß er sich veranlaßt sieht, an den Bericht dieser Quartalsversammlung folgende Anmerkung zu hängen:

Gegen die Behauptung des Herrn Obermeister Bruffog in dieser Versammlung, er hätte mein an ihn nach seiner Wohnung, Sandstr. 4, adressiertes Schreiben nicht erhalten, gegen verschiedene Aeußerungen dieses Herrn über die Zeitung, sowie dessen weitere perfiden Verdächtigungen hatte ich in einem längeren Bericht geantwortet, leider sind meine Ausführungen von der Zensur (zwei gegen eine Stimme) gestrichen worden.

Breslauer Bäckermeister vertrauen überhaupt keine Erwiderungen. Das wird nun auch Petschek gemerkt haben.

## Aus christlicher und gelber Werkstatt.

**Bauer, das ist ganz was anderes.** Der Vorsitzende des Gewerbevereins der Müller, Bäcker und Konditoren, Herr Scheffler, regt sich in seinem Illustriertchen mächtig auf, daß er in der Delegiertenversammlung der Ortskrankenkasse zu Berlin nichts erzählen durfte. Wie der Gewerbeverein das Zepter der Kasse in Händen hatte, wollte einmal einer unserer Kollegen als stiller Zuhörer einer solchen Delegiertenversammlung ankommen. „Es haben nur Delegierte Zutritt!“ wurde ihm geantwortet und der Zuckermwarenarbeiter Scheffler, damals Delegierter, freute sich ob dieser Auskunft lebhaft. Wir schenken es uns, das Gebaren Schefflers beim richtigen Namen zu nennen.

**Er schämt sich.** Wer? Derselbe Scheffler wie oben. Eine andere Erklärung läßt sich für sein Fehlen in unserer letzten öffentlichen Versammlung nicht finden. Oder fehlte ihm der Mut, sein letztes Stückchen in Person zu vertreten? Jedenfalls hat er wieder einen Wind bekommen, hübsch „stat“ zu sein, seine Arbeit zu machen und über Dinge aus der Fabrik seinen Mund zu halten. Ja, Scheffler — ist ein Hauptkerl!

**Die Kassandra am Michaelkirchplatz in Berlin.** Freund Hartmann ist nicht der Sohn Priamos, sondern der Sohn eines Bäckers aus dem Oldenburgischen. Er ist mit M. 30 nach Berlin gekommen und hat sich — dem Verdienst seine Krone — zu dem hochgerappelt, was er jetzt ist. Die Kassandra, die Tochter Priamos, Trojas Untergang sah, so sieht er den Untergang des Deutschen Bäckerverbandes. Nur schade, daß dieser dabei immer kräftiger wird; zwar ist der Verband für die richtigen Bäcker schon untergegangen, denn es sind ja nur noch „Bäckereiarbeiter, süße Mädels usw.“ darin, und wenn die männliche Kassandra das sagt, muß es wohl wahr sein. Daß der Verband immer mehr Beiträge vereinnahmt, erklärt der Seher von Michaelkirchplatz sehr einfach damit, daß den hummelnden Bäckergefallen das letzte Geld aus der Tasche geholt wird. Er muß es wissen. Das ganze Bäckerhandwerk wäre ohne seinen Seherblick schon untergegangen; aber er erkennt jedes nahebedingte Unglück schon von weitem. Deshalb hat er den Bund geschaffen. Und auch von jedem unserer Mitglieder weiß er, wie es denkt und handelt. Daß Knoll in Kiel war, hat er gesehen, obwohl Knoll noch nie Kiel gesehen hat, und daß die Versammlung schlecht besucht war, in der Knoll in Kiel gesprochen hat, hat er auch gesehen.

Es ist also bloß ein ganz kleiner Unterschied zwischen der Trojanischen Kassandra und der Bäckerkassandra: Was Kassandra sah, traf gewöhnlich ein.

**„Königliche“ Kumpels in der Backstube als Lohnbrücker!** Eine kaum glaubliche Mitteilung kommt aus dem Saarrevier. In Burbach, Neunkirchen, Landweiler und Heiligenwald, sowie auch in anderen Bergmannsbesitzungen sollen des Samstags nachts „königliche“ Bergleute Ausschleusen verrichten und so den Kollegen den Lohn vor der Nase wegschnappen. Diese Bergmanns-Bäckergehülften wurden zu allerhand Arbeiten verwendet, zum Bedienen der Maschinen, andere sogar zum Teigmachen und selbst zum Backen, soweit sie eben dazu tauglich sind. Diese Bergleute erhalten für die Nacharbeit nur einen Lohn von M. 1 bis 1,50, während ein gelernter Kollege M. 5 erhalten würde. Ob diese Arbeiten mit Wissen der Grubenverwaltung verrichtet werden, wissen die Geschädigten nicht, doch nehmen sie an, daß es mit Wissen geschieht, weil die Verrichtung solcher Ausschleusen einen solchen Umfang angenommen hat, daß es der Verwaltung bezw. den höheren Beamten nicht unbekannt sein dürfte, wie sie ja auch wissen, daß mehrere Bergleute sich des Sonntags Geld durch Kellnern in verschiedenen Wirtschaften verdienen. Die Bergwerksverwaltung kann den Bergleuten allerdings kaum verbieten, daß sie in ihrer freien Zeit Nebenbeschäftigung betreiben, um dadurch noch einige Pfennige Lohn zu verdienen, und sie wird auch kaum dem Wunsche unserer arbeitslosen Kollegen entsprechen und nur eine Einschränkung herbeiführen, und doch ist es nicht nur traurig, sondern höchst beschämend, daß staatliche Arbeiter, die täglich zur Grube gehen, arbeitslosen Bäckern und Kellnern die paar Pfennige Verdienst fortnehmen. Die „Königlichen“ Bergleute sind freilich nicht so schlecht, denn nicht Mißgunst noch Habgucht leitet sie dazu, arbeitslosen Arbeitsbrüdern das Brot vor der Nase wegzunehmen, sondern die bittere Not zwingt sie, ihre Knochen auch noch außerhalb der Grube zu schinden, um ihre meistens sehr zahlreichen Familien ernähren zu können. Arbeiter, besonders Bergleute, die einen anständigen Lohn verdienen, drängen sich sicherlich nicht nach dazu, nachdem sie die Woche über schwer geschafft haben, auch noch Samstags nachts sich weiter in einer heißen Backstube abzuquälen und das für den Jammerlohn von M. 1 bis 1,50. Daraus läßt sich ersehen, wie „Königlich“ die „Königlichen“ Bergleute bezahlt werden.

**Hartmann schmeißt den „süßen Mädels“ in Hamburg.** Am Mittwoch, den 8. Juli, fand eine Betriebsbesprechung für die Kales- und Schokoladenfabrik von Gaebke, Hamburg-Eppendorf, statt. Die Einladungen zur Versammlung haben wohl auf den Herrn Direktor einen derartigen Eindruck gemacht, daß er in seiner Not sich — man lache nicht! — an — — „Hartmann“ gewandt hat; denn sonst wäre es unerklärlich, wie am anderen Tage bereits die „gelben Traktanden“ an die von Hartmann sonst so verpönten und geringschätzig behandelten — „süßen Mädels“ verteilt werden konnten. Es war ein heiterer Anblick: eine jede mit einem derartigen Exemplar versehen und sich wundernd, wie die Fabrikleitung zu einer derartigen Zeitung kommt! Der rührige Geschäftsmann und Handwerksretter will also seinen Teil dazu beitragen, daß auch die Arbeiterinnen sein geistvolles Erzeugnis einmal zu sehen bekommen, um vor dem Verband der Bäcker und Konditoren gewarnt zu sein. Nun, der gewaltige Kämpfer für Wahrheit und Recht soll aber nur öfter unter Hamburger Arbeiterinnen mit derartigen Mitteln arbeiten; wir sind es zufrieden. Wurden doch, angeregt durch die Hartmannsche Agitation, gleich hinterher wieder 25 der dortigen Personen für unseren Verband gewonnen.

Hartmann, wie kannst Du überhaupt die tausend Märkte der Innungen für die Agitation unter den „süßen Mädels“ mit verpulvern? Was werden da bloß Deine Geldgeber wieder sagen? Oder hat die Firma feste Berappi? Das Geld der Großindustrie, die das Kleinhandwerk ruiniert, stinkt ja allerdings auch nicht. Und auf der einen Seite werden die Frauen und Mädchen im Bundesorgan als Menschen zweiter Klasse behandelt, auf der anderen Seite sollen sie wieder mit „gelben Traktanden“ gefüttert werden. Nehlich wie G. Freitag in seinen „Journalisten“ könnte man hier sagen: „Kann schreiben für die Kleinen, kann schreiben für die Großen, wie's Geschäft mit sich bringt!“

**Der Mantel wird nach dem Winde gehängt!** In Zürich hatte einst der Gehülfe Schermer nichts Gileres zu tun, als den Meistern seine Unterwürfigkeit zu zeigen. Doch die Zeiten änderten sich; als er Meister wurde, war das erste, die Aufnahme in die Partei nachzusuchen, um ein Geschäft mit den Arbeitern zu machen. Sogar um die Konsumlieferung bewarb er sich und erhielt sie auch. Doch die Organisation merkt sich solche Leute und empfiehlt sie nach Gebühr. In einer Versammlung der Konsumvereinsmitglieder kam der wahre Charakter Sch's zur Sprache und seinen „Verdiensten“ wird nun der gerechte Lohn folgen. So wird es noch manchem ergehen, der die Interessen der Arbeiter verraten hat; denn was dem einen recht ist, ist dem anderen billig!

Ventilation, an den Maschinen für die nötigen Schutzbearbeitungen zu sorgen. Wöchentlich werden reine Handtücher, Seife, Arbeitsmantel und Mütze vom Geschäft geliefert. Jeder Person wird ein verschleißbarer Schrank zur Verfügung gestellt. Gelegenheit zum täglichen Gebrauch der Badeeinrichtung ist zu geben. Im Speiseraum ist für genügende Sitzgelegenheit Sorge zu tragen, im Winter für Heizung.

§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Den Arbeitern wird der Lohn weiter gezahlt, wenn sie durch einen in ihrer Person liegenden Grund ohne Verschulden für eine nicht erhebliche Zeit an der Arbeit verhindert sind.

Nicht erhebliche Zeit werden nach der Beschäftigungsdauer angesehen von einem Monat bis zu einem Jahre drei Tage, bei längerer Beschäftigung eine Woche, bei militärischen Übungen vierzehn Tage. Als einen in der Person liegenden Grund gelten nur Krankheit und militärische Übungen. Auf den Lohn für diese Tage kann jedoch Krankengeld oder ähnliche aus gesetzlicher Versicherung dem Arbeiter zustehende Unterstützung in Abzug gebracht werden.

9. Einstellung von Arbeitskräften. Sämtliche Arbeitskräfte werden vom örtlichen Arbeitsnachweis des deutschen Bäcker- und Konditorenverbandes bezogen, und werden dieselben kostenlos vermittelt.

10. Kündigungsfrist. Die Kündigungsfrist beträgt für beide Teile vierzehn Tage. Werden Ausschüsse länger als sechs Wochen beschäftigt, so tritt für dieselben die Kündigungsfrist in Kraft.

11. Schlichtung von Differenzen. Entstehen über Arbeitszeit, Lohnhöhe, Ferien, Einstellung oder Entlassung von Arbeitskräften Differenzen zwischen der Brotfabrik und dem Verbands, welche nicht durch die Beteiligten beigelegt werden, so wird ein unparteiisches Schiedsgericht mit dem Vertreter des hiesigen Gewerkschaftsartikels als Vorsitzenden einberufen, welches einen Schiedsspruch zu fällen hat. Wenn die Streitigkeiten so nicht zu schlichten sind, steht es den Beteiligten frei, je einen Vertreter mit beratender Stimme zu den Verhandlungen zu entsenden. Der Schiedsspruch wird von den Parteien unterzeichnet und den Beteiligten abschriftlich zugestellt; die Kosten werden gemeinschaftlich getragen.

Obiger Vertrag wurde mit dem Bevollmächtigten des Herrn Junkuhn, Berlin, vereinbart und derselbe für die Durchführung des Vertrages verpflichtet. Als Vertreter des deutschen Bäckerverbandes wurde Herr Fr. Bennetold im Beisein der dort beschäftigten Arbeiter anerkannt. Falls ein Wechsel in den für beide Parteien tätigen Personen eintritt, gehen diese Verpflichtungen auf deren eventuelle Nachfolger über.

Kündigung des Tarifs. Derselbe tritt mit dem 1. Juli 1908 in Kraft, laufend auf ein Jahr bis 1. Juli 1909. Falls derselbe nicht einen Monat vorher von einer der vertragschließenden Parteien gekündigt wird, besteht er auf ein weiteres Jahr, bis 1. Juli 1910.

Für die Durchführung obiger Bestimmungen verpflichten sich durch Namensunterschrift.

Brotfabrik und Feinbäckerei, Hausmühle Gera-Neuß: Stein, Geschäftsführer.

Für den Verband der Bäcker und Konditoren: Fr. Bennetold, Gera-Debschütz, Nordstraße 1, 1. St.

Anhang zum Bäckertarif, betreffend Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Verkäuferinnen.

1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist eine den örtlichen Bestimmungen gemäß. Sonntags von mittags 1 Uhr ab geschlossen. Mit Rücksicht auf den Verkehr bleibt die im Unterhaus in der Brotfabrik gelegene Filiale Sonntags geöffnet, und wird dieselbe von den Verkäuferinnen abwechselnd bedient.

2. Löhne. Der Lohn beträgt monatlich M 50, nach einjähriger Beschäftigung M 55, nach einem weiteren Jahr M 60, und wird derselbe monatlich am Schlusse bar ausbezahlt.

3. Kündigung. Die Kündigung ist eine dem Handelsgesetzbuch gemäß, wonach dieselbe nur am Schlusse des Monats erfolgt.

4. Allgemeine Bestimmungen. Für Reinlichkeit in den Verkaufsstellen übernimmt die Verkäuferin die Verantwortung. Zur Lieferung von Gebäck am Sonnabend und Sonntag sind die Verkäuferinnen verpflichtet, die Bestellung selber zu bewirken. Bei Ablieferung der bereinneten Kasse wird im Buch vom Empfänger quittiert.

Dieser Anhang tritt in Kraft und fällt mit dem Bäckertarif, und wird derselbe von uns anerkannt durch Namensunterschrift.

Für die Brotfabrik u. Feinbäckerei Hausmühle Gera. (Neuß j. L.): W. Stein.

Für den Bäcker- und Konditorenverband: Fr. Bennetold.

Der Boykott über die Fahrenkruger Brotfabrik, über dessen Verhängung durch das Gewerkschaftsartikell in Segeberg (durch Beschluß vom 9. Juni) wir in Nr. 25 dieses Blattes berichteten, dauert unbeeinträchtigt fort und wirkt für den Fabrikanten außerordentlich fühlbar. Seine Waffen, die er mit Hilfe seiner Vertreter in den verschiedenen Städten anwenden ließ, um den Boykott unwirksam zu machen, sind in der letzten Zeit eine nach der anderen abgestumpft und unwirksam geworden. Die Vertreter des Herrn in den verschiedenen Städten der Provinz, und besonders in Neumünster, hatten alles aufgebieten, den Arbeiterfrauen einzureden, daß der Boykott zu Unrecht über den Betrieb verhängt sei, und damit hatten sie leider teilweise auch Glauben gefunden und dadurch noch einen geringen Umsatz des Brotes jener Fabrik erreicht. Mit diesen Schwindelmannern beschäftigten sich nun zwei Volksversammlungen, am 22. Juli in Segeberg und am 28. Juli in Neumünster, in welchen die Kollegen Rahl und Allmann referierten. Dort wurden die Schwindeleien der Vertreter der Fabrik gehörig gebremst, und die gut belichteten Versammlungen beschloßen, den Boykott ganz energisch weiterzuführen zu wollen.

Einer der Vertreter der Fahrenkruger Brotfabrik, Herr Tschau, war überall damit hantieren gegangen, Kollege Lehmann, unser Vertreter, hätte in einer Kartell-

sitzung in Neumünster mit Unwahrheiten operiert. Diese Ausschüsse mußte Herr Tschau in der Sitzung der Boykottkommission am 24. Juli mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen, wobei Herr Tschau noch weiter erklärte, daß er leider den Aussagen der Fabrikleitung mehr Glauben beigemessen habe, als wie der im Kampfe gegen die Fabrikhaber stehenden Bäckergewerkschaft, und dadurch habe er sich dupieren lassen. — So ist denn dieses Gerücht, welches fortwährend mit der größten Hartnäckigkeit kolportiert wurde, in sich selbst zusammengefallen! Aber genau so ergeht es auch mit den famosen Verurteilungen, welche die Fabrikleitung in den Zeitungen und durch Flugblätter losließ. Dort wurde ständig erklärt, daß die Fabrikleitung gegen die Organisationszugehörigkeit ihrer Leute nichts einzuwenden habe, und in der Sitzung der Boykottkommission am 19. Juli erklärte ganz naiv der Buchhalter der Fahrenkruger Brotfabrik: „Grebe ist wegen seiner Verbandszugehörigkeit entlassen.“ Dort gab man also unumwunden zu, was man bisher so systematisch abgestritten hatte!

Sind nun diese Schwindeleien der Vertreter der Fabrik ganz energisch zurückgewiesen, so hatte die Fabrikleitung noch mehr Pech mit ihren einstweiligen Verfügungen, die gegen unsere Zahlstelle sowie gegen die Gewerkschaftskartelle und die Parteipresse in Hamburg, Lübeck und Kiel erlassen wurden, und welche es den beteiligten Körperschaften untersagten, überhaupt noch durch irgendwelche Publikationen die Arbeiterschaft zur Durchführung des Boykotts aufzufordern. Diese einstweiligen Verfügungen sind jetzt in der Hauptsache durch Urteil des Kieler Landgerichts gegenstandslos geworden. Ueber diesen Prozeß wird berichtet:

Daß der Boykott über die Fahrenkruger Brotfabrik ein erlaubtes, berechtigtes Kampfmittel ist, in diesem Sinne entschied das Kieler Landgericht am 23. Juli in einem Termin, der durch die einstweilige Verfügung des Landgerichts, erwirkt von der Fahrenkruger Brotfabrik gegen das Kieler Gewerkschaftskartell und dessen Vorsitzenden, den Genossen Haß, herbeigeführt worden war. Der Rechtsanwalt Stobbe machte als Vertreter des Klägers geltend, daß der Boykott gegen die Fahrenkruger Brotfabrik als unberechtigt gelten müsse, da weder ein Streik noch eine Maßregelung von Vertrauensleuten des Bäckerverbandes vorliege. Es seien lediglich wegen Arbeitsmangels zwei nach dem Streik im Februar 1908 eingestellte Bäcker entlassen worden. Nach der Entscheidung des Reichsgerichts aber seien Boykotts nur zulässig bei Lohnbewegungen. Ein Tarifbruch seitens der Firma liege ebenfalls nicht vor. Er bitte daher, die einstweilige Verfügung aufrecht zu erhalten und den Beklagten zu untersagen, weitere Bekanntmachungen und Veröffentlichungen gegen die Fahrenkruger Brotfabrik zu erlassen, umso mehr, als eine später anhängig zu machende Schadenersatzklage gegen die Beklagten es bedinge.

Rechtsanwalt Spiegel, der Vertreter der Beklagten, zeigte an der Hand von Publikationen in der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“, in Flugblättern sowie des im Februar 1908 mit der Fahrenkruger Brotfabrik abgeschlossenen Tarifes, daß die Verhängung des Boykotts zu Recht erfolgt ist. Das Reichsgericht habe den Boykott als wirtschaftliches Kampfmittel anerkannt. Die Firma sei befreit gewesen, die Mitglieder des Bäckerverbandes aus dem Betrieb zu entfernen und die protegierten gelben Bäcker zu behalten. Das Bestreben der Gewerkschaft, ihren Bestand an Mitgliedern in der Fabrik zu schützen, sei erfolglos gewesen. Aus dieser und anderen Ursachen war der Boykott daher gerechtfertigt und es sei daher die Aufhebung der einstweiligen Verfügung am Plage. Interessant war das Zugeständnis des Rechtsanwalts Stobbe, daß die einstweilige Verfügung den Boykott nicht aufgehoben habe. Nach dem Erlaß der Verfügung hätten die Kartelle der Provinz und die „Volks-Zeitung“ die Bekanntgabe übernommen und, als die Verfügung auch gegen die „Volks-Zeitung“ erwirkt war, habe diese die Verfügung täglich abgedruckt. Selbst die Richter lächelten ob des genialen Einfalls der „Volks-Zeitung“. Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht folgendes Urteil:

„Die einstweilige Verfügung wird mit der Abänderung aufrecht erhalten, daß

den Beklagten an sich der Boykott gegen die Fahrenkruger Brotfabrik nicht verboten ist,

sondern nur die Boykottaufforderung unter der Begründung, daß ein Abwehrstreik und eine Maßregelung von Vertrauensleuten die Veranlassung waren. Die Kosten sind gegenseitig aufgehoben. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.“

Also von einem „Abwehrstreik“ und „Maßregelungen von Vertrauensleuten“ darf nach der Entscheidung des Kieler Landgerichts in den Aufforderungen zur Boykottdurchführung nicht gesprochen werden, aber „den Beklagten ist der Boykott gegen die Fahrenkruger Brotfabrik nicht verboten.“ Diese Waffe der Fabrikleitung, durch Eingreifen der Gerichte vermittelt der bekannten einstweiligen Verfügungen die Durchführung des Boykotts unmöglich zu machen, ist also hinfällig geworden!

## Bäckerei-Mißstände.

Eine verkehrte Auffassung scheint der Bäckermeister Fr. Geseke (Zwiebackfabrik), Linden, Charlottenstraße, von der Bundesratsverordnung betreffend der Arbeitszeit der Bäckergehilfen zu haben, da in seinem Betriebe Arbeitszeiten von 14 und mehr Stunden vorkommen. Herr Geseke soll schon verlangt haben, daß der Geselle, wenn er von abends 10 Uhr bis zum andern Tag nachmittags 3 Uhr gearbeitet hat, an demselben Abend wieder um 7 Uhr beginnt! Weigert sich einmal ein Geselle, solchen und ähnlichen Ansprüchen des Geseke nachzukommen, so soll dieser zuweilen mit dem „lang Ausbezahlen“, wie er sich ausdrückt, das heißt mit Androhung von Schlägen, zur Hand sein. Auch versucht Herr Geseke, wie uns ferner mitgeteilt wird, Gesellen unter dem Mindestlohn von M. 9 einzustellen. Zeitweise soll er nur M. 8 bezahlen haben. Kein Wunder, daß Herr Geseke öfter vor dem Gewerbeamt erscheinen muß. Auch beschäftigt Herr Geseke zwei bis drei Arbeiterinnen in seinem Betriebe; diese müssen neben dem Einpacken von Zwiebacken auch Hausarbeiten verrichten, wie Waschen und Baden, Räumen und Anziehen der Kinder. Diese Mädchen soll Herr Geseke mit dem Lohn von M. 6 pro Woche bezahlen, Ueberstunden mit je 10 & cetera. Bäcker bekommen Ueberstunden noch nicht einmal bezahlt.

Unter solchen Umständen wäre es kein Wunder, daß der Betrieb ein wahrer „Laubenschlag“ ist. Was die Reinlichkeit anbelangt, so wird uns mitgeteilt, daß mit demselben Besen, womit Hof und Pferdestall gefegt werden, auch im Ofen die sogenannte Gesekestelle ausgefegt werde. Da die Arbeiterschaft die Ware des Herrn Geseke konsumiert, insbesondere der Lindener Haus-haltsverein Zwiebäckerei und sogenannt amerikanische Zwiebäckerei von ihm bezieht, hätte Herr G. umso mehr Grund, solche Zustände in seinem Betriebe einmal einer Remedeur zu unterziehen.

Die Ausbeutung in der Landbrotfabrik schildert ein Kollege, den das Schicksal nach Neuhoß bei Reinfeld trieb, wo ein bezüglich der Arbeit nimmermüder Unternehmer und seine ebenso unternehmungslustige Ehegatte die Ausbeutung der Gesellen betreibt.

Die Betriebsrichtung ist noch annehmbar zu nennen, schreibt der Betreffende. Die Arbeitszeit aber ist folgende: Montag von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, Dienstag von 6 bis 8 Uhr, Mittwoch von 6 bis 6 Uhr, Donnerstag von 6 bis 9 Uhr, Freitag von 6 bis 8 Uhr, Sonnabend von 6 bis 4 Uhr und Sonntag von 5 bis 11 Uhr vormittags. Also 86 Stunden pro Woche. Dabei mußte der Kollege viermal dasselbe verborbene Fleisch wieder zurückgeben, und als er schließlich die Frau Meisterin deshalb zur Rede stellte, schnauzte sie ihn noch ganz empört an.

So treiben es die Unternehmer, wenn sie sich in einem abgelegenen Winkel vor der Kontrolle der Organisation sicher wähnen.

## Internationales.

Nachtarbeitverbot in Italien. Wir hatten bereits in Nr. 20 eine kurze Notiz über das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit in Italien gebracht und können heute noch einige nähere Angaben über die betreffenden Bestimmungen bringen.

Die Arbeit ist in Bäckereien und Konditoreien in der Zeit von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens verboten, nur am Sonnabend darf bis 11 Uhr nachts gearbeitet werden. Unter gewissen Voraussetzungen kann der Gemeinderat eines Ortes zur Abkühlung des Sauerteiges und zur Heizung der Oefen den Beginn der Arbeit um höchstens zwei Stunden früher gestatten, aber nur in den Monaten Juni bis September. Gegen eine diesbezügliche Entscheidung des Gemeinderates steht die Berufung an das Ministerium für Ackerbau, Industrie und Handel offen, die aufschiebende Wirkung hat. Für die Dauer einer Woche kann der Gemeinderat auch anlässlich von Märkten, Festlichkeiten u. dergl. die Nachtarbeit in Bäckereien zulassen; die Bewilligung für eine längere Dauer der Nachtarbeit darf nur das Ministerium erteilen, welches hierbei zuerst den ständigen Ausschuss des Arbeitsbeirats anzuhören hat. Die Gewerbeaufsichts- und die Sanitätsbehörden haben über die Durchführung des Gesetzes zu wachen. Verletzungen des Gesetzes seitens der Unternehmer werden mit Geldbussen bis zur Maximalhöhe von 1000 Lire bestraft; Arbeiter, die das Gesetz übertreten, haben Strafen bis zu 30 Lire zu zahlen, ausgenommen, wenn sie zu der Gesetzesübertretung von den Unternehmern gezwungen werden.

—ger.

## Genossenschaftliches.

Die Konsumvereine und der Storch! Daß auch die Konsumvereine einen ordentlichen Einfluß auf die Zahl der Geburten ausüben, dürfte neu sein. Der Schutzverein für Handel und Gewerbe zu Braunschweig hat sich mit einer Eingabe an die städtischen Behörden gewandt, in der gefordert wird, daß diese den Beamten die Zugehörigkeit zu den Konsumvereinen verbieten sollen. Auf Seite 6 der Eingabe heißt es:

„Auch die Zahl der Geburten in hiesiger Stadt sind (!) zurückgegangen. Die Geburten würden sich wieder mehren und neuen Verdienst (!) fast allen Bevölkerungsschichten zuführen, wenn die Konsumvereine einfach verboten würden.“

An dieses Beweismittel wird wohl noch niemand gedacht haben, und es werden darüber wohl nicht nur unsere Genossen und die Genossenschaftler in ganz Deutschland lachen, daß den Braunschweiger Genossenschaftsmitgliedern dieser Vorwurf gemacht wurde, sondern auch jeder ernsthaft denkende Volkswirtschaftler. Einen besseren Witz konnte sich wohl kaum ein Komiker auf einer Spezialitätenbühne leisten. Wenn dies aber von Männern geschieht, die ernst genommen sein wollen, die angebliche volkswirtschaftliche Mißstände beklagen und eine Eingabe an die Behörden nicht anders begründen können, so muß man deren Einfalt bewundern und sich zugleich fragen: Schägen diese Leute die städtischen Behörden so niedrig ein, daß sie dies als Beweismaterial angesehen wissen wollen? Mag man den Angefallenen in den Genossenschaften so viel Bösartigkeit wie nur möglich nachsagen, daß sie aber auch gegen die Vermehrung der Bevölkerung sein sollten, respektive durch ihr Vorhandensein eine Bevölkerungsverminderung verursachen sollten, ist zweifellos neu und kann nur in den Hirnschälchen verbohrtester Konsumvereinsfreunde ausreifen. Vielleicht reihen auch die Konsumvereinsfreunde anderer Orte diese verrückte Idee in das Arsenal ihrer Waffen ein. Man will wo anders doch auch etwas zu lachen haben.

## Allgemeine Rundschau.

Die „Christen“ erhalten einen Fußtritt! Um gut Wetter bitten wieder einmal die christlichen Gewerkschaften. In ihrem Jahresberichte betteln sie die Unternehmer wie folgt an:

Dadurch, daß die sozialdemokratische Wirtschaftstheorie von den christlichen Gewerkschaften verworfen und für falsch gehalten wird, ergibt sich von selbst, daß ihre Stellung zum Unternehmertum häufig eine andere sein wird, als die der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Auch für die Bedürfnisse und die Lage der Industrie im allgemeinen haben die christlichen Arbeiter volles Verständnis. An der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Auslandsmarkt sind auch die Arbeiter aufs höchste interessiert.

**Und weiter verfechten sie:**  
 Der Streik werde auf die Dauer nicht mehr zu dem regelrechten Kampfmittel, sondern zu den anormalen gewerkschaftlichen Kampfmitteln gerechnet werden können.  
 Statt der erwarteten Gegenliebe kriegen sie aber von der „Kreuzzeitung“ folgenden Fußtritt:  
 Daß die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren allzu häufig auf der Seite der sozialdemokratischen Gewerkschaften gestanden und bei den Arbeitgebern vielfach die Ueberzeugung geweckt haben, daß es ihnen mit dem Bekenntnisse zu einer „christlichen“, d. h. einer sittlichen, vor allem einer gerechten Berufsauffassung nicht allzu ernst sei, braucht nicht gesagt zu werden. Die einseitige Organisation der Arbeiter zu dem einzigen Zwecke, für sich günstiger Bedingungen zu erkämpfen, führt mit Notwendigkeit auf beiden Seiten zu einer egoistischen Auffassung des Verhältnisses von Rechten und Pflichten, und es wäre sehr erfreulich, wenn das in dem Jahresberichte konstatierte bessere Einbernehmen immer mehr in die Tat umgesetzt würde.  
 Es ist bitter, daß die „Christlichen“ für ihre Demut nicht mehr Entgegenkommen finden. Aber die Hintermänner der „Kreuzzeitung“ sind viel zu raffiniert, als daß sie auf solches Liebeswerben viel geben würden, und sie verlangen einfach, daß die „Christen“ sich noch viel offener prostituieren, als schon bisher.

**Literarisches.**

Im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin SO., Engelauer 15, IV, sind erschienen: **Protokoll der Verhandlungen des sechsten Gewerkschaftskongresses**, abgehalten vom 22. bis 27. Juni 1908 in Hamburg, sowie **„Die deutschen Gewerkschaften. Neue graphische Darstellungen und statistische Tabellen“** von L. Brunner. Beide Schriften sind durch sämtliche Buchhandlungen zu beziehen. Der Preis des Protokolls beträgt M 1 pro Exemplar, der der Brunnerschen Schrift M 1,50. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten die Schriften zum Selbstkostenpreis, das Protokoll zu 25 S und die Schrift von Brunner zu 50 S pro Exemplar.  
 Das 23 Bogen starke Protokoll ist eine stenographische Aufnahme der Verhandlungen des Kongresses und gibt Referate und Diskussionsreden fast wörtlich wieder. Bei der überaus wichtigen Tagesordnung des Kongresses bietet das Protokoll wertvolles Material für alle, die ein Interesse an der Gewerkschaftsbewegung haben.  
 Die von L. Brunner bearbeitete Schrift gibt einen Ueberblick über die Stärke und die Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften seit dem Jahre 1890, sowie eine vergleichende Uebersicht der internationalen Gewerkschaftsbewegung in bezug auf die Größe der Bewegung in den einzelnen Ländern. Veranschaulicht wird diese Darstellung durch zehn graphische Tabellen und einer statistischen Aufstellung. Die Arbeit ist eine Fortsetzung und Ergänzung der Schrift mit gleichem Titel, die zum ersten Male im Jahre 1905 herausgegeben wurde. War in der ersten Schrift das Hauptgewicht auf die Darstellung des Verhältnisses der Organisierten zur Zahl der Berufsangehörigen gelegt, so ist bei der vorliegenden Arbeit Wert darauf gelegt worden, die geographische Verbreitung der Gewerkschaften und den Charakter derselben als Kampforganisation und ihre Erfolge zur Anschauung zu bringen. Beide Schriften verdienen die weiteste Verbreitung.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. H. 42).**  
 (Sitz Dresden.)

**Protokollauszüge der Sitzungen vom 16. April, 2., 16. und 29. Mai, 15. und 26. Juli 1908.**

Beitrittserklärungen erfolgten nach § 2 in dieser Periode insgesamt 911, und zwar 462 Eintritts-, 426 Uebertritte und 23 Wiedereintritte. Ausschlüsse nach § 4: 329, § 4, 3 b: 11 und 2 nach § 4, 2 b. Summa 342. Austritte 90. Ueberweisung in die Heilanstalt nach § 7, 3. 15: 39. Bestrafungen nach § 9 in 66 Fällen mit einer Gesamtsumme von M. 191,80.

**Eberfeld.**

(Ersatzwahl vom 25. April.)

Buch-Nr. 4628 Ad. Denhardt, stellvertretender Bevollmächtigter.  
 " 4743 Herm. Berling } Revisoren.  
 " 4747 Reinh. Kunz }  
 Dieselben werden bestätigt.

**Altona.**

(Ersatzwahl vom 31. Mai.)

Buch-Nr. 2547 Lorenz Hanauer, Bevollmächtigter, wird bestätigt und die Kautions Meppen auf Hanauer übertragen.  
 Laut eingegangener Wahlprotokolle wurden nachstehende Mitglieder als Verwaltungsmitglieder gewählt und vom Kassenvorstand bestätigt:

**Berlin.**

(Neuwahl vom 2. Juni.)

Buch-Nr. 1829 Ludw. Walter, Bevollm., Schivelbeinstr. 46.  
 " 1051 Eman. Güttschom, stellvert. Bevollmächtigter.  
 " 1187 Gust. Supli, Schriftführer.  
 " 1492 Carl Höpfer, stellvertretender Schriftführer.  
 " 1057 Max Varth  
 " 1052 Franz Schneider } Revisoren.  
 " 1107 Carl Mebold }  
 " 1558 St. Hultschke }  
 " 2220 Wlth. Pfeffertorn }

**Frankfurt.**

(Neuwahl vom 11. Juni.)

Buch-Nr. 3214 Ludw. Wagner, Bevollm., Wattonstr. 70, 2. Et.  
 " 3591 Emil Wischoff, stellvertretender Bevollmächtigter.  
 " 3009 Konr. Ehrlein, Schriftführer.  
 " 3490 Leo Fingel, stellvertretender Schriftführer.  
 " 3753 Joh. West  
 " 3627 Johan Eberlein } Revisoren.  
 " 3449 Josef Seufert }  
 " 3396 Gust. Ostermann }  
 " 3436 Jos. Gente }

**Stettin.**

(Neuwahl vom 14. Juni.)

Buch-Nr. 5917 Friedr. Heise, Bevollmächtigter.  
 " 14022 Herm. Morgenroth, stellvert. Bevollmächtigter.  
 " 6289 Franz Miethe, Schriftführer.  
 " 6150 Ernst Wolf, stellvertretender Schriftführer.  
 " 5915 Franz Auer } Revisoren.  
 " 6127 Christoph Schwarz }  
 " 6282 Paul Wohl }

**Offenbach.**

(Neuwahl vom 16. Juni.)

Buch-Nr. 4008 Albert Wagner, Bevollmächtigter, Ziegelstr. 22  
 " 4002 Ludw. Reich, stellvertretender Bevollmächtigter.  
 " 4163 Ludw. Kaltenschnee, Schriftführer.  
 " 4038 Joh. Wengert, stellvertretender Schriftführer.  
 " 4248 Carl Roth  
 " 4121 Jakob Widmann } Revisoren.  
 " 4057 Wlth. Gutjahr }

**Dresden.**

(Neuwahl vom 25. Juni.)

Buch-Nr. 1 Karl Pletschmann, Bevollm., Bilieng. 12, 1. Et.  
 " 19 Moriz Könnke, stellvertretender Bevollmächtigter.  
 " 110 Arth. Straube, Schriftführer.  
 " 109 Paul Tittel, stellvertretender Schriftführer.  
 " 140 Max Menschner  
 " 96 Max Paul } Revisoren.  
 " 61 Bruno Thiele }  
 " 5101 Bruno Reymann }  
 " 144 Wlth. Becker }

**Leipzig.**

(Neuwahl vom 29. Juni.)

Buch-Nr. 4401 Gust. Hartung, Bevollmächtigter.  
 " 6030 Alf. Fiß, stellvertretender Bevollmächtigter.  
 " 4411 Rich. Leube, Schriftführer.  
 " 4476 Carl Raumann, stellvertretender Schriftführer.  
 " 4428 Louis Bauch  
 " 4417 Oskar Mörbig } Revisoren.  
 " 4432 Otto Föhrig }

**Plauen i. V.**

(Neuwahl vom 28. Juni.)

Buch-Nr. 726 Wlth. Carph, Bevollmächtigter, Fürstenstr. 67.  
 " 710 Herm. Röbel, stellvertretender Bevollmächtigter.  
 " 708 Paul Feige, Schriftführer.  
 " 701 Rich. Geilert, stellvertretender Schriftführer.  
 " 721 Reinh. Schaal } Revisoren.  
 " 728 Carl Strobel }  
 " 718 Albin Seifert }

**Wiesbaden.**

(Neuwahl vom 5. Juli.)

Buch-Nr. 5504 Eug. Dempel, Bevollmächtigter.  
 " 5511 Otto Ramsperger, stellvert. Bevollmächtigter.  
 " 5547 Wlth. Fischer, Schriftführer.  
 " 5506 Anton Suppes, stellvertretender Schriftführer.  
 " 5502 Joh. Hermann  
 " 5512 Friedr. Busch } Revisoren.  
 " 5510 Leonh. Nüchling }

**Lübeck.**

(Neuwahl vom 12. Juli.)

Buch-Nr. 5203 Rich. Hermann, Bevollm., Depenaustr. 25, 1. Et.  
 " 5212 Franz Lohw, stellvertretender Bevollmächtigter.  
 " 5202 Gust. Dahlmann, Schriftführer.  
 " 5213 Aug. Welz, stellvertretender Schriftführer.  
 " 5241 Hans Holm  
 " 5252 Herm. Schreiber } Revisoren.  
 " 5289 Gust. Siegel }

Danzig. Der Vorstand nimmt Kenntnis von dem eingegangenen Protest gegen die Ersatzwahl des Bevollmächtigten Steinmeier; im weiteren ist die Wahl der Verwaltungsmitglieder Luksch und Ricket nicht vorchriftsmäßig erfolgt. Man beschließt, den stellvertretenden Bevollmächtigten Albert Schiller mit der Geschäftsführung und Einberufung einer Versammlung zwecks Neuwahl der Gesamtverwaltung zu beauftragen.

**Der Vorstand.**

J. A.: Max Paul, Schriftführer.

**Anzeigen.**

**Ein jüngerer Mann,**

der mit der Fabrikation von Marzipanmasse vollkommen vertraut ist, erhält Stellung. Nähere Auskunft erbeten an

[M. 2,70] **Anthön Berg,**  
 Hammerhudegade 10, Kopenhagen, Strand.

**Bäckerei u. Konditorei**

seit langen Jahren bestehend, soll zum 1. Oktober d. J. anderweitig verpachtet werden. Doppelter Unterzugofen und ein Schwarzbrotofen vorhanden. Die Pacht beträgt M. 3000 jährlich. Nähere Auskunft erteilt

[M. 2,40] **Fritz Ivers,**  
 Wilhelmshurg, Beringstr. 35.

**Allen Mündiger Bäcker- und Konditorengehülfen**

empfehlen sich zur Anfertigung von Herrengarderoben aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie  
**Georg Prem, Walterstr. 19/0.**

Inserem Vorstandsmittglie, dem Kollegen Pfeiffer nebst seiner lieben Braut

**die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung!**  
 [M. 1] **Mitgliedschaft Danzig.**

**Zur Beachtung!**

**Heute ist der 32. Wochenbeitrag (2. bis 8. August) fällig.**

**Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.**

**Sonntag, 2. August:**

**Barmen:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Parla- mentstraße 5. — **Bayreuth:** Im Gasthaus „Zur Krone“, Bahnhofstraße. — **Braunenburg:** Vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wollenweberstraße. — **Braunschweig:** Nachm. 3½ Uhr in Stegers Bierpalast, Stobenstr. 9. — **Deffau:** Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wallenfleiderstr. 1. — **Düsseldorf:** Vorm. 11 Uhr bei Richard Ewald, Breitestr. 15. — **Essen a. d. R.:** Nachm. 3 Uhr bei v. d. Loo, Schützenbahn. — **Forst i. d. L.:** Nachm. 3 Uhr bei Mielke, Bahnhofstraße. — **Frankfurt a. M. (Sektion der Fabrik- und Tagelöh- bänder):** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Frank- furt a. d. O.:** Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ober- straße 51. — **Geesthacht:** Nachm. 4½ Uhr bei Wlth. Wulfcio. — **Görlitz:** Nachm. 2 Uhr im „Goldenen Kreuz“, Langenstr. 43. — **Hamburg-Altona (Gemeinschaftlich):** Nachm. 1½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Harburg:** Nachm. 2 Uhr bei Büfshenhop (Aufstellung zum Gewerkschaftsfestzug). — **Hilbes- heim:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gofhen- straße 23. — **Hof i. B.:** Im Gasthof Glafer, Sophienberg. — **Kiel:** Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Jährstraße. — **Lübeck:** Nachm. 3 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50. — **Meuselwitz:** Nachm. 3 Uhr im Gasthaus „Zum Deutschen Kaiser“ (Verkehrskafal). — **Plauen i. V.:** Nachm. 2 Uhr im „Schillergarten“. — **Remsheid:** Nachm. 2 Uhr bei Heide, Peterstraße. — **St. Johann a. d. E.:** Nachm. 3 Uhr im „Tiboll“, Gerberstr. 26. — **Schwerin:** Nachm. 4 Uhr bei Wlth. Deder, Gr. Mar 51.

**Montag, 3. August:**

**Kronach i. B.:** Abends 8 Uhr. — **Bierfen i. Rheinl.:** Abends 8 Uhr im „Kaiser Karl“, bei Gahn, Kaiserstraße.

**Dienstag, 4. August:**

**Halberstadt:** Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gerber- straße 15. — **Kall-Winzig (Bäder):** Nachm. 5 Uhr bei Med, Viktoriastraße. — **Landberg a. d. W.:** Im Lokal Kaiser, Louisenstr. 5. — **Nürnberg (Bäder):** Nachm. 3 Uhr im „Historischen Hof“. — **Offenbach:** Nachm. 2 Uhr bei Wagner, Ziegelstraße. — **Paffau:** In der „Neuen Welt“, Junstadt. — **Regensburg:** In der „Schillerlinde“, Glockenstr. B 31.

**Mittwoch, 5. August:**

**Frankfurt a. M. (Konbitoren):** Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Gießen:** Nachm. 3 Uhr bei Reinhard, Silhoferstraße in Weßlar. — **Hamburg-Altona (Konbitoren, Badgehülfen):** Abends 9 Uhr bei Stange, Zeughausmarkt. — **Harburg:** Nachm. 5 Uhr bei Büfshenhop, Erste Bergstr. 7. — **Höchst a. M.:** Nachm. 2 Uhr bei Bump, Königsteinerstr. 65. — **Königsberg:** Nachm. 3 Uhr im „Felsenkrug“, Rönchenstr. 4. — **Schwölln:** Nachm. 3 Uhr in der Zentralthalle. — **Schwabach:** Bei Hoffmann, Gasthaus „Waltsch“.

**Donnerstag, 6. August:**

**Amberg:** Nachm. 4 Uhr bei Bed, Lebererstraße. — **Danzig:** Bei Schab, Fischmarkt 6. — **Darmstadt:** Nachm. 4½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19. — **Frank- furt a. M. (Bäder):** Nachm. 1 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Freiburg i. Br.:** In „Stadt Welfort“, Ede Welfort- und Mollsestraße. — **Guben:** Im „Fürsten Blücher“, Zindelplatz. — **Hannau:** Nachm. 3 Uhr in „Stadt Frankfurt“, Kanalplatz 6. — **Kaiserslautern:** Nachm. 4 Uhr im Gasthaus „Zur Burg“, Steinstr. 20. — **Ludensweiler:** Nachm. 3 Uhr im „Jägerhof“, Anhalterstraße - Ede. — **Pirmasens:** „Zur Traube“, Schloßstraße. — **Stettin:** Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 10. — **Suhl:** In der „Feuchten Ede“.

**Freitag, 7. August:**

**Frankfurt a. M. (Bäckerei-Hülfsarbeiter):** Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Rudolstadt:** Nachm. 2 Uhr im „Cambrinus“.

**Sonntag, 8. August:**

**Stuttgart (Konbitoren):** Abends 8 Uhr bei Marz, Innere Büchsenstr. 50.

**Sonntag, 9. August:**

**Altenburg:** Im „Schwarzen Adler“. — **Bergedorf:** Nachm. 4 Uhr im „Deutschen Haus“, Sachsenstr. 4. — **Bremen (Deffentlich):** Nachm. 8½ Uhr Ansgarthor- straße 12. — **Ein a. Rh. (Brotbäder):** Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. — **Dormund:** Nachm. 4 Uhr bei Besle, Brückstr. 16. — **Eisenach:** Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Zur Rolle“, Mühlhauerstraße. — **Gera, R. j. L.:** Nachm. 2½ Uhr im Restaurant Hausberg, früher Söfersches Lokal. — **Halle a. d. E.:** Nachm. 3 Uhr im „Weißen Hof“, Gelf- straße 5. — **Hannau:** Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Baustraße. — **Herford:** Vorm. 10 Uhr bei W. Gilbert, Brüderstraße. — **Mühlhausen i. C.:** Nachm. 2 Uhr bei Secker, Dornacherstr. 51. — **Neumünster:** Nachm. 4 Uhr bei Burg, Bübnerstr. 7. — **Neuß:** Vorm. 11 Uhr bei Franz Krauß, Markt 11. — **Solingen:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kölnnerstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Befen- binderhof 57. — Verlag von D. Ullmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.